

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

262 (10.11.1932)

# Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTA MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaarte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Die Werbungen nach Zeit, die bei Nichterfüllung des Auftrages keine, bei geschäftlicher Beendigung und bei Kontoführer außer Kraft tritt. Erfüllungsort: Karlsruhe. In der Schrift des Verlags: 12 Pfennig.

Andere wöchentliche Beilagen: Fein-Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialist. Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. Zusendung 1,80 Mark. Durch den Post 2,30 Mark. Einjahrespreis 10 Pfennig. Gehört 6mal wöchentlich am Montag 11 Uhr. Postfachnummer 2650 Karlsruhe. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. Volkstempel-Filiale: Waldstr. 9. B. Baden. Teichbühlstr. 12. Kallert. Fernruf 2. Offenburg. Republikstr. 8.

Nummer 262 Karlsruhe, Donnerstag, den 10. November 1932 52. Jahrgang

Wer will Papen retten?

## Papen sucht Hilfe

Aus tiefster Not schreit Papen zur „Parteibürokratie“

In der nächsten Woche beabsichtigt Herr von Papen mit der „lebenden Parteibürokratie“ um Hilfe und Brünning über die „Schaffung einer nationalen Konzentration“ zu verhandeln. Ausgerechnet der Mann, der die Parteien wochenlang auf jede mögliche Weise in Grund und Boden verdammt hat, weiß jetzt selbst keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma, als sich an die Brust der „lebenden Parteibürokratie“ zu wenden. Vorher gedankt Herr von Papen noch Besuche bei den Regierungen in Dresden, Karlsruhe und Darmstadt zu machen. Es sollen Antrittsvorreden sein. Daß sie nicht zugleich Abschiedsbesuche werden, wird auch der Herr der „arundächtigsten neuen Staatsführung“ nicht verhindern können.

Kein Zweifel, daß selbst in den Kreisen, die bisher alle Sprüche des Herrn von Papen mit Entzücken aufgenommen haben, die Einsicht beginnt, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Mit Wahlen allein kann man weder die Gefinnung der Wählererschaft ändern, noch die Parteien zu willfährigen Werkzeugen machen. So erklärt es sich, daß auch die, die noch vor Tagen immer wieder wählen wollten, um die Papenbarone als Regierung zu retten, langsam anderen Sinnes geworden sind und das Bedürfnis zeigen, die abgebrochenen Beziehungen zu der „lebenden Parteibürokratie“ wieder aufzunehmen. Nur ist Herr von Papen nicht der richtige Mann dazu. Sein diplomatisches Geschick hat es vermocht, daß er heute bis auf die Deutschnationalen mit allen Parteien in Kontakt ist. Die Nationalsozialisten erklären ihn beispielsweise für „völlig unfähig“ und lassen durchblicken, daß sie einer Einladung des Herrn von Papen zu politischen Besprechungen überhaupt nicht zustimmen werden. Das Zentrum geht nicht ganz so weit. Aber auch für die Zentrumspartei gibt es — nach allem was man hört — mit Herrn von Papen kein Partieren. Beide Parteien sind zwar noch wie vor zu einer Regierungsgemeinschaft bereit — jedoch nicht mit Herrn von Papen. Ihr Streben geht deshalb dahin, das Regierungsproblem im Reich über den Kopf der Papenbarone hinweg schnellstens einer Lösung entgegenzuführen.

Das sind die charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Situation. Sie zeigen wachsende Erkenntnis in dem Sinne, daß es so wie bisher nicht weiter geht und deshalb Herr von Papen verschwinden muß. Unter diesen Umständen sind keine bevorstehenden Antrittsvorreden gleichbedeutend mit Abschiedsbesuchen!

len Konzentration zu kommen. Das Kabinett denkt aber nicht daran, zurückzutreten. Das gilt auch für einzelne Mitglieder des Kabinetts, über deren möglichen Austritt in den letzten Tagen falsche Gerüchte verbreitet worden sind. Im Gegenteil ist die Reichsregierung entschlossen, weiter ihren Weg zu gehen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß in einer so schwierigen Lage, wie wir sie jetzt haben, keine Zeit für irgendwelche Experimente ist. Das praktische Ergebnis der Aussprache ist, daß der Kanzler nun dem Reichspräsidenten entsprechende Vorschläge für die Verhandlungen mit den Parteiführern machen wird. Die Aussprache mit den Parteiführern soll sehr bald stattfinden. Der Zeitpunkt wird auch morgen im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten festgesetzt werden. Sicher ist jedenfalls, daß der Kanzler die Absicht hat, sich mit den Parteiführern ernst über die Lage auszusprechen. Außerdem werden in den nächsten Tagen auch Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder stattfinden. Mit den Problemen der Verfassungsreform und der Kontingentierungsfrage hat sich das Kabinett noch nicht beschäftigen können. Dies bleibt für später vorbehalten.

## Besprechung der Süddeutschen

München, 9. Nov. (Eis. Draht.) In Würzburg fand am Mittwoch auf Einladung der bayerischen Regierung eine Besprechung der Regierungschefs der süddeutschen Länder zur Frage der Reichsreform statt. Außer Württemberg und Baden waren auch Hessen und Sachsen durch ihre Ministerpräsidenten in Würzburg vertreten. Das preussische Staatsministerium hatte keine Einladung erhalten, da sich die Konferenz von vornherein auf die süddeutschen Länder beschränken sollte.

## Reichsratsaussprache über den Verfassungsstreit

Zu der Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichsrates am Samstag haben, wie wir erfahren, auch die Ministerpräsidenten mehrerer großer deutscher Länder ihr Erscheinen zugesagt.

## Finanzkatastrophe in Nazi-Mecklenburg

6,6 Millionen Mark Fehlbetrag  
MR. Schwerin, 9. Nov. In der heutigen Sitzung des mecklenburgischen Landtags gab der nationalsozialistische Fraktionsführer Hilbrandt Aufschluß über die finanzielle Lage des Landes. Es sei mit einem Fehlbetrag von insgesamt 6,6 Millionen zu rechnen. Weiter wurde während der heutigen Landtagsansitzung bekannt, daß die Regierung binnen kurzer Zeit die Schlichtungsstelle auch in Mecklenburg einzuführen gedenkt. Auch mit einer Gehaltskürzung vorläge ist demnächst zu rechnen. Ministerpräsident Granzow hat sich heute nach Berlin begeben, um mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung über die finanzielle Lage des Landes Mecklenburg zu verhandeln.

## Roosevelts Rekordstieg

Illusionsfreier Blick in die Zukunft

Newport, 9. Nov. (Eis. Draht.) Der Sieg der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen ist beispiellos. Roosevelt verfügt über 472 von insgesamt 531 Stimmen im Wahlmännerkollegium, das nach der Bundesverfassung den Präsidenten zu wählen hat. 89 Stimmen sind noch zweifelhaft und nur 20 Stimmen sind für Hoover.

Mit 58 Senatsstimmen besitzen die Demokraten auch eine zuverlässige Mehrheit im Bundesoberrat. Vier republikanische Parteiführer und Senatoren Watson und Smoot, nachdem die berichtigte Stimmzählung bekannt wurde, sind vernichtend gescheitert.

Im Kongressgebäude gewählt sind 276 Demokraten und 81 Republikaner. 78 Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten ist John Garner gewählt worden.

Die Demokraten haben bei den Gouverneurswahlen in den einzelnen Staaten 18 von den 34 neu zu besetzenden Gouverneursposten gewonnen.

Newport, 9. Nov. Stark beachtet wird das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Die Sozialisten lieferten auf eine Gesamtstimmzahl von 1 1/2 Millionen Stimmen, während sie im Jahre 1928 nur eine Viertelmillion Stimmen auf sich vereinigten.

Der sozialistische Präsidentschaftskandidat Thomas erhielt in einem Viertel der bisher gezählten Wahlbezirke 250 000 Stimmen.

was ungefähr der gesamten Zahl der sozialistischen Stimmen von 1928 entspricht. Der Parteivorstand hat eine Erklärung erlassen, in der er seiner Verdringung über den außerordentlichen Fortschritt und die feste Verbreitung der sozialistischen Ideen in den Vereinigten Staaten Ausdruck gibt.

Die Größe der Niederlage Hoovers ist nur durch das Ausmaß der Wirtschaftskrise zu erklären, die bald nach seinem Amtsantritt eingeleitet hat. Gerade ihm, der ein Staatssekretär im Handelsdepartement unter Coolidge, die Wirtschaft des Landes in den Jahren der Prosperität gelenkt hatte, wurde geradezu blindes Vertrauen entgegengebracht. Er galt gewissermaßen als Verkörperung des Reichtums, gewinnbringenden Kapitalismus. Er selbst hatte diese Wirtschaftskrisen als sein persönliches Verdienst in Anspruch genommen und den Wählern von 1928 eine weitere Vermehrung ihres Wohlstandes versprochen. Um so schneller mußte sich an ihm persönlich die Enttäuschung rächen, die die im Jahre 1929 einsetzende Wirtschaftskrise dem ganzen Lande bereitet.

## Schwerer Zusammenstoß in Genf

10 Tote

Über einen schweren blutigen Zusammenstoß in Genf meldet die Presse: Genf, 9. Nov. Die Union nationale, eine bürgerliche Partei, die sich erst vor kurzem in Genf gebildet hat, veranstaltete am Mittwochabend in der Salle communale von Plainpalais eine Versammlung um öffentliche Begehren zu führen gegen die Nationalräte Nicole und Dider. Das von sozialdemokratischer Seite verlangte Verbot der Abhaltung dieser Versammlung war vom Staatsrat abgelehnt worden, weil sie in einem geschlossenen Lokal und nicht unter freiem Himmel stattfand. Vor dem Lokal wurden am Mittwochabend die Zugänge durch ein großes Polizeiaufgebot abgesperrt. Als um 8.30 Uhr Nationalrat Steinmetz die Versammlung eröffnete, war der Saal überfüllt.

Unter diesen Umständen auf der Straße die Nationalräte Nicole und Dider durch die Menge. Gegen 9 Uhr wurde von der Menge die Menge durchbrochen, so daß die Polizei einschreiten mußte. Gegen 21.30 Uhr artete die Demonstration zu einem reinen Aufstand aus. Als die Kompanie III/1 der Infanterie-Rekrutenschule auf die Straße der Polizei eintraf, wurden die Soldaten angegriffen. Schreckliche Returen wurden in die Menge hineingerufen und geschlagen, die Gemehre entrisen und auf dem Boden zerworfen. Die Menge lagerte leichte Maschinengewehre mit zerbrochenen Köpfen. Die Soldaten zogen sich nach dem Boulevard de Fontaine zurück und schossen mit Maschinengewehren, als sie sich umschauen sahen. Etwa 10 Demonstranten erlitten schwere Verletzungen.

Zur Zeit steuert sich die Erregung immer noch und Lastwagen

mit Maschinengewehrabteilungen werden herangeführt. Die Sanitätswachen bringen die Verletzten universell ins Krankenhaus.

Genf, 10. Nov. Zu den Zwischenfällen am Mittwochabend werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Um 23 Uhr drängte sich die Menge noch immer in allen Straßen der Umgebung des Gemeindehauses.

Gendarmen und Militär hatten die Menge in Schach. Ferner stehen an verschiedenen strategischen Posten mit Maschinengewehren, jederzeit zum Eingreifen bereit. Bis kurz nach Mitternacht wurden

30 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert, unter ihnen zahlreiche Schwerverletzte. Weiter wurden 15 verletzte Soldaten nach der Kaserne abtransportiert.

Genf, 10. Nov. Nach den gestrigen Zusammenstößen zählte man heute morgen um 1 Uhr insgesamt 8 Tote und 41 Verletzte, darunter drei sehr schwer Verletzte. Um 1 Uhr früh wurden die aufgebauten Gendarmen- und Militärabteilungen zurückgezogen.

Genf, 10. Nov. Nach den letzten Meldungen haben die Zusammenstöße am Mittwochabend zwei weitere Todesopfer gefordert, so daß die

Gesamtzahl aller Toten insgesamt 10 beträgt.

Am Laufe der Nacht zum Donnerstag trat der Genfer Staatsrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die gestrigen Zusammenstöße zu besprechen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Wir Sozialdemokraten können uns indessen eines skeptischen Lächelns nicht erwehren, wenn wir hören, welche neuen Illusionen in den Vereinigten Staaten nunmehr an den Sieg Roosevelts geknüpft werden. Denn wir wissen, daß die Krise des kapitalistischen Systems nicht mit kapitalistischen Mitteln endgültig beseitigt werden kann. Wir wissen ferner, daß die Demokraten sich politisch und wirtschaftlich kaum von den Republikanern unterscheiden. Es mag schon sein, daß eine Auflockerung der Schutzzölle, die der jetzt 59jährige neue Präsident Roosevelt im Gegensatz zu Hoover versprochen hat, eine gewisse Belebung der Wirtschaft und damit natürlich auch des amerikanischen Marktes auslösen wird; auch ist anzunehmen, daß der zu erwartende Fall des Prohibitionsgesetzes gewissen Wirtschaftszweigen zugute kommt, übrigens auch den französischen Weinbauern und den deutschen Brauereien.

Aber die wirkliche und dauernde Ueberwindung der Krise ist nur durch einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft in sozialistischem Sinne zu erreichen und dieser Umbau ist von Roosevelt ebensowenig zu erwarten, wie von Hoover.

Der Sozialismus wird die Welt von der Geißel des kapitalistischen Systems befreien. Diese Erkenntnis bringt auch in den Vereinigten Staaten durch, obwohl sie zahlenmäßig noch nicht nennenswert in Erscheinung treten kann, weil der Sozialismus bei der Präsidentschaftswahl mit allen Nachteilen der Präsidentschaft belastet ist. Indessen wollen wir im Interesse der leidenden Menschheit hoffen, daß vielleicht die um einige Nuancen weniger engherzige kapitalistische Auffassung Roosevelts dazu beitragen möge, die Ueberwindung der jetzigen Krise zu beschleunigen.

## Wie Frauen wählen

Aus B. isbaden wird berichtet: Auch bei den letzten Reichstagswahlen wurden hier die Stimmen der Männer und Frauen wieder getrennt gezählt. Dabei ergibt sich das interessante Bild, daß gerade die Parteien, die in erster Linie für das Frauenstimmrecht eintreten, nämlich Sozialdemokraten und Kommunisten, am wenigsten Gewinn durch das Frauenstimmrecht haben. Zentrum und Christlich-Sozialisten sind die Hauptnutznießer des Frauenstimmrechts.

# „Zur Kritik“!

### Nachdenkliche Betrachtungen zur Novemberwahl

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In der preussischen Armee Wilhelms des Ersten hat es ein Trompetensignal „Zur Kritik!“ gegeben, das meist am Ende der Übung oder am Schluß des Manövers geblasen wurde. Hierauf setzten sich die dicken Biber der Infanterie-Obersten und die schlanken Gänse der Kavallerie-Majore in Bewegung und galoppierten auf den Feldernhügel, wo alles „Zur Kritik!“ befohlen stand. Sehr oft wurde dabei stundenlang leeres Stroh gedroschen, gelegentlich aber wurde einer der tatsächlichen Sünder von oben bis unten durchleuchtet; oder durch hämische Kritik politischer Art ausgedroschen, ganz selten aber zog man eine tiefgreifende Bilanz über das Wollen und Können der Armee.

Auch nach einer Reichstagswahl sollten die Parteien zur Kritik blauen. Nicht zu einer hämischen und unfruchtbaren Selbstkritik, sondern zu einer ehrlichen offenen Besprechung darüber, was das Wahlergebnis für die Parteibewegung zu bedeuten hat.

Im Weltkrieg hat es zwei Methoden der öffentlichen Kritik über die operative Lage an den kämpfenden Fronten gegeben. Die deutsche Kriegspresse machte von Schlacht zu Schlacht, von Kriegsjahr zu Kriegsjahr alles in rosa-rot. Jede Schlacht war gewonnen, ganz gleich, ob man das Schlachtfeld behaupten konnte, jede Operation war siegreich, auch wenn sie mit dem Rückschlag abgeschlossen werden mußte. Der deutsche Untertan mußte in bester „Durchhaltehaltung“ gehalten werden und große Rückschläge wie die Marne-Schlacht von 1914 und 1918 schwie man einfach tot.

Die Engländer hatten eine andere Methode! Sie malten schwarz in schwarz. Die Bulletins der Seeresleitung hatten den eintönigen Tenor: „Wir haben schon wieder eine Schlacht verloren! Glaubt ja nicht, daß es so weiter geht! Strenat euch an und schickt uns den letzten Mann an die Front! Wenn ihr nicht das letzte aus euch herausholt, dann ist morgen die Katastrophe da!“

Von den beiden Methoden hat sich allerdings die englische bedeutend besser bewährt. England hielt den Widerstandswillen des ganzen Volkes lebendig bis zum letzten Tag.

Wenn man die Gesamttenors der Parteiführung der Sozialdemokratie gegenüber den Massen ihrer Gefolgschaft in den letzten Jahren überblickt, dann muß man leider zu dem Ergebnis kommen, daß die Selbstkritik etwas ins Hintertreffen geraten ist, daß die deutsche und nicht die englische Kriegspresse-Methode gewählt wurde, anstatt der Anhängererschaft zu sagen, daß das verlorene Terrain wieder geholt werden muß durch gesteigerte Aktivität der Massen und angespannteste Elastizität und Wendigkeit der Führung, kurz und gut durch einen neuen Elan an der Spitze und in den Massen der Partei.

Gewiß, die Sozialdemokratie hat trotz der Anaufler der Verhältnisse, trotz Arbeitslosigkeit und Massennot den Stamm der eigenen Anhänger und Wähler gehalten. Sie ist neben dem weltanschaulichen Hof des Zentrums die unzerstörbare Festung politisch und ökonomisch geschulter Menschen des Proletariats in Stadt und Land, man muß staunen, daß trotz der schlagigen Arbeitslosenunterstützung und trotz der Hungerlöhne der Kutzarbeiter die Masse der sozialdemokratischen Anhängererschaft der Partei auch in der letzten Wahlschlacht die Treue gehalten hat.

Politisch bedeutsam aber ist neben dem Festhalten der eigenen Anhängermerkmale die Eroberung der Wählergruppen, die zwischen den großen Parteien hin- und her fluktieren und die die Sozialdemokratie seit der Nationalversammlung und dem ersten Reichstag und seit der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 und der Vera Hermann Müller nicht mehr in einem Ausmaß zu sich heranziehen konnte, der ihr bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der inneren Politik hätte geben können.

Die Sozialdemokratie, die sich also rühmen konnte, in den ersten beiden Parlamenten der deutschen Republik etwa 40 Prozent der deutschen Wählererschaft zu vertreten, ist auf die Hälfte dieses politischen Einflusses zurückgefallen.

Bei aller Unbeirrbarkeit unjünger Wollens und bei aller Lauterkeit unserer Gesinnung muß die Entwicklung der letzten Jahre einen geistigen Neubau und Umbau der Parteibewegung bringen, der uns in die Lage versetzt, einen Teil der Wählererschaft aus der kommunistischen Partei zurückzuholen und das Gros der nationalsozialistischen Wähler eines Tages an die Fahnen der Partei zu binden.

Ein Aufholen der Sozialdemokratie auf 180 bis 200 Mandate, das heißt auf 40 bis 45 Prozent, wie sie die Arbeiterbewegung besaß und besitzt, dürfte allerdings nur dann möglich sein, wenn die unter der Fahnenkreuzfahne versammelten Kleinbürgerlichen Massen sich eines Tages eine andere politische Heimat suchen und über die Trümmer der bürgerlichen Mittelparteien hinweg den Weg zur Sozialdemokratie finden.

Man halte ein Rückströmen dieser Wählermassen unter das Banner der SPD. ja nicht für eine Unmöglichkeit! Im Gegenteil, sie ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich.

Darum dürfte es sich immerhin rentieren, sich darüber Gedanken zu machen, ob die Führung und die Werbung der Partei dieser Kardinalaufgabe, der geistigen Rückeroberung der Kleinbürgerlichen, nationalsozialistischen Massen gewachsen war und ist. Viel mehr als bisher müssen wir uns damit beschäftigen, gerade der Mentalität dieses von dem wirren Sozialismus eines Hitler oder Feder ererbten Kleinbürgers Rechnung zu tragen. Unsere Presse, unsere Agitation, unsere Versammlungstechnik muß auf diese Wählerkategorie eingestellt sein, die von der Not der Zeit zermalmt, von ihrem kleinen Besitz getrennt und von den Göttern ihres alten Glaubens losgerissen worden ist.

Vor allem aber muß unsere Führung eine ganz andere Elastizität und Wendigkeit zeigen. Es darf nicht angehen, daß zwischen der Preußenwahl im April und zwischen dem Staatsstreich im Juli kein Mensch weiß, ob eigentlich der Parteivorstand oder die Preußenregierung führt und für die Festhaltung der politischen Macht oder für deren rechtzeitige Preisgabe ist. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Ehre und die Würde der Partei von der Reaktion mit Füßen getreten wird, weil unsere Führung sich nicht rechtzeitig entschließt, unhaltbare Posten aufzugeben. Auch die jetzige Preußenregierung ist doch in diesem Stadium nichts anderes wie ein politischer Leichnam... weil nun eben einmal die Macht auf der anderen Seite steht.

Eine elastische und wendige Führung hätte aus dem tiefen Gegensatz zwischen Hitler und Papen, zwischen Goebbels und Duffong, zwischen Straßer und Eugenberg vielleicht manches herausgeholt können! Wenn auch die „Querverbindungen“ der Gewerkschaften von den Nazis zur SPD eine politische Utopie ist, so hätte man vielleicht doch wichtige politische Trümmer damit auszuspielen können.

Also: Elastizität und Wendigkeit der Führung! Neue Werbemethoden gegen die Massen der Nazis! Dann können wir mit dem Markhall Foch sagen: „Ich habe eine Schlacht verloren, ich greife an!“

S. Sch.

# 5 103 000 Arbeitslose

## Vom Arbeitsmarkt im Reich

Die Arbeitsmarktlage im Reich weist nach dem Bericht der Reichsanstalt vom 16. bis einschließlich 31. Oktober rein zahlenmäßig eine Besserung auf. Die Meldungen der Arbeitsämter ergeben für Ende Oktober 1932 eine Gesamtzahl von rund 5 103 000 Arbeitslosen. Damit ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die der Bericht über die erste Hälfte dieses Monats aufwies, fast völlig ausgeglichen. Gegenüber Ende September mit einer Arbeitslosenzahl von 5 103 000 ergibt sich nur eine ganz geringfügige Zunahme. Im Vorjahr war die Zahl der Arbeitslosen zwischen den beiden Stichtagen von Ende September und Ende Oktober im ganzen um rund 269 000 gestiegen.

Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Zahlen wird durch die Gegenüberstellung der Entwicklung in den Saisonberufen und derjenigen in den übrigen Berufsgruppen etwas aufgeklärt. Während nämlich in den Saisonberufen die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte Oktober weiter, und zwar um rund 25 000 zugenommen hat, ist sie in den übrigen von der Konjunktur unabhängigen Berufsgruppen um rund 66 000 gefallen. In der Vergleichszeit des Vorjahres dagegen stieg die Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen, da sich mit einer wesentlich stärkeren saisonmäßigen Verschlechterung noch ein konjunkturelles Absinken verband.

Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende Oktober etwa 250 000 junge Menschen beschäftigt, also noch um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl ist in der angelegenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. Die Zahl der Hilfsarbeiter hat mit Schluß des Monats 80 000 Ende Oktober den Stand vom Vormonat noch etwas überschritten.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Oktober rund 582 000, in der Arbeitslosenversicherung rund 1 139 000 Arbeitslose betreut. Gegenüber dem letzten Stichtag hat sich nur die Zahl der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung um rund 36 000 zurückgeändert. In der öffentlichen Fürsorge wurden rund 2 141 000 Wohlfahrts- und Hilfsarbeiter beschäftigt, die von den Arbeitsämtern als solche bis zum Stichtag anerkannt waren, d. h. rund 94 000 mehr als bei der letzten, Ende September durchgeführten Zählung.

# Ausbeuterpraktiken

## Schändlicher Mißbrauch mit der Notverordnung

Die Not ist groß. Eine traurige Tatsache. Das allertraurigste aber an unserer erdärmlichen Zeit ist die Tatsache, daß es Leute gibt, die auch noch aus allem, was zur Vinderung der Not verläßt wird, ein Geschäft zu machen verstehen. So sollte doch, wenn wir nicht irren, die Notverordnung vom 5. September der Behebung der Not dienen. Was muß man aber erleben? Mit der Notverordnung wird haarscharfender Mißbrauch getrieben — vor allem in der Textilindustrie. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat bereits vor kurzem dem Reichsarbeitsminister darüber kühn- und höchstes Bemeismaterial übermittelt. Dieser Lage hat er diesem Material eine Ergänzung folgen lassen.

Zwischen der Gemeinde Kauscha (Kreis Götlich) und der Firma W. Winkler H. G. Salbau ist, wie aus den Bestellungen des D.T.B. hervorgeht, ein Abkommen geschlossen worden, wonach die Gemeinde Kauscha

bei Einstellung von Wohlfahrtsarbeitslosen durch die Firma an diese 80 Prozent der bisher gezahlten Wohlfahrtsunterstützung zur Auszahlung

bringt. Die Firma Winkler hat, nachdem die Vereinbarung mit der Gemeinde Kauscha zustande gekommen war, eine ähnliche Abmachung auch mit der Gemeinde Salbau abschließen wollen. Salbau lehnte jedoch ab. Darauf brachte die Firma zum Ausdruck, daß nun die Arbeiter von Salbau das Nachsehen hätten; denn die Firma werde nun nur noch Leute aus der Gemeinde Kauscha einstellen.

Es kommt aber noch schöner. Da die Firma 29 Personen, d. h. rund 5 Prozent der Belegschaft neu einstellte, machte sie durch Ausschlag für die 31. bis 40. Arbeitsstunde ein Lohnabzug in Höhe von 10 Prozent

erfolge. Als aber die Vereinbarung mit der Gemeinde Kauscha

## Löbe im holländischer

Am Mittwoch abend sprach Paul Löbe über den holländischen Arbeiterföder in Dillervorm am 9. November. Die Rede war in Deutschland überall ausgedruckt zu verstehen. Die Absicht der Papenbarone, der Arbeitererschaft eine durch Radio übermittelte Gedankensache am 9. November vorzuenthalten, ist kläglich mißglückt. Millionen und aber Millionen haben die Rede Löbes gehört.

## Wiederaufbau und Gemeindefinanzen

Der Reichszentralrat empfing in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers, des Reichsfinanzministers und des Reichsinnenministers die Vertreter des Vorstandes des Deutschen Städte- und Gemeindefinanzvereins, unter Vorsitz des Reichsfinanzministers, Oberbürgermeister Dr. Sahm-Berlin, Präsident Dr. Müller, Oberbürgermeister Dr. Schragal-München und Oberbürgermeister Dr. Götlicher-Leipzig. Die Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindefinanzvereins wiesen eindringlich auf die Zusammenhänge zwischen der Finanzlage der Gemeinden und dem Aufbauprogramm der Reichsregierung hin; ohne geordnete Gemeindefinanzen sei der Wiederaufbau der Wirtschaft nicht zu denken. Die Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung vom 14. Juni und 3. November seien nicht ausreichend, um die katastrophale Finanzlage der Gemeinden zu beheben, da die großen Kommunalbanken, insbesondere die einheitliche Finanzierung und Erhaltung der Arbeitslosenhilfe, das kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Regelung des kommunalen Schuldenwesens, noch immer ungelöst seien.

## Justiz und Verkehrsstreik

BRN, Berlin, 9. Nov. Das Berliner Sondergericht verhandelt seit gestern über Straftaten, die beim Berliner Verkehrsstreik begangen wurden. Heute nachmittag hatten sich die Schöffen der 1. Kammer, Alfred Jander und W. Böde sowie der Arbeiter Paul Brateneger dafür zu verantworten, daß sie in der Nähe des Treptener Depots am 4. November vorüberfahrende Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen hätten. Jander und Böde waren gekündigt, Brateneger bestritt seine Mitwirkung, Polizeibeamte beklagten aber, daß sie ihn werfen gesehen hätten. Sämtliche Angeklagte erhielten wegen vollendeter Transportgefährdung je zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte lediglich 1 1/2 Jahre Zuchthaus wegen Landfriedensbruchs und verurteilter Transportgefährdung beantragt.

Die Arbeitslosenzahl sinkt also. Ein wirklicher Erfolg des Belegungsperiments liegt aber in dem zahlenmäßigen Absinken der Arbeitslosigkeit nicht. Wir können uns über diesen Erfolg nicht freuen; denn die Einstellung erfolgt zu spät, die unter jeder Kritik sind. Der Unterschied zwischen Lohn und Unterstützung ist total verwischt. Wie lange arbeiten denn die Neueingestellten? In der Mehrzahl der Fälle so kurz, daß nur eine ganz jämmerliche Gesamtentlohnung für sie pro Woche herauskommt. Es ist ein Trugschluß, von einer Verbesserung zu sprechen, wenn der Arbeiter nur zu einem Lohn beschäftigt wird, der eigentlich nichts anderes darstellt als eine Arbeitslosenunterstützung.

Auf der anderen Seite muß die Regierung nun schleunigst Forderungen aus den neuen Zahlen ziehen. Wenn die Arbeitslosigkeit nachläßt, dann muß so rasch wie möglich das an den Arbeitslosen begangene Unrecht wieder gemacht werden. Die Sechswochenfrist der Arbeitslosenversicherung, nach der die Hilfsbedürftigkeitsprüfung einleitet, muß gestrichen werden; ebenso muß die Dauer der Unterstützung, die im vorigen Jahr zuerst auf 20, dann auf 16 Wochen heruntersetzt wurde, wieder auf 26 Wochen erhöht werden. Und schließlich darf man nicht nur jedem 10. Arbeiter einen kleinen Winterzuschlag geben und 9 leer ausgehen lassen, sondern auf der ganzen Linie ist eine fähbare Erleichterung zu schaffen.

An die Arbeitslosen muß zuerst gedacht werden. Das gilt auch bei der Verwendung der Ueberflüsse der Reichsanstalt. Man will sie benutzen, um den Gemeinden aus den Schwerezeiten zu helfen. Allein die Beiträge, die gezahlt werden, dürfen von Rechts wegen nur dazu benutzt werden, um die Arbeitslosenversicherung in ihrer ursprünglichen Gestalt, d. h. als Versicherung wieder herzustellen. Wenn den Gemeinden geholfen werden soll — und wir haben gar nichts dagegen, daß ihnen geholfen wird — dann muß das auf anderem Weg geschehen.

bekannt wurde, gab man der Betriebsvertretung zunächst mündlich die Zusicherung, daß der geplante Absatz unterbleibe. Später jedoch wurde trotz der Zusicherung der Absatz dennoch durchgeführt. Es betrug bei den Frauen 33 bis 35 Pfennig und bei den Männern 45 bis 47 Pfennig in der Woche, und die Firma ist trotz Einwirkung des Betriebsrates und trotz des Einweises auf ihr Verprechen bei diesen Abnahmeabnahmen geblieben.

Dem Ganzen wird die Krone aufgesetzt durch folgende Feststellungen des D.T.B.:

In der Firma werden 12 leitende Angestellte beschäftigt, und von diesen bezogen im Jahre 1931 die ersten vier folgendes Einkommen: 135 360 Mark, 98 700, 42 300 und 41 830 Mark. Diese vier Angestellten bezogen somit allein ein Jahresgehalt von insgesamt 3 181 900 Mark! Würden sich diese vier Angestellten in der Notzeit mit 24 000 M Jahresgehalt pro Angestellter begnügen, dann hätte die Firma ein Jahresersparnis von 221 190 Mark. Bei einer solchen Ersparnis müßte keiner der 12 leitenden Angestellten Not leiden. Auf der anderen Seite aber brauchte die Firma dann bestimmt nicht die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinde Kauscha in Anspruch nehmen und sie könnte auch auf die Lohnsenkungsbestimmungen der Notverordnung vom 5. September ganz verzichten.

Selbstverständlich ist es nicht die Absicht des Textilarbeiterverbandes, armen, langjährigen Wohlfahrtsarbeitslosen den Arbeitsplatz zu verzerren. Seine Feststellungen haben nur den Zweck, das Reichsarbeitsministerium auf den Mißbrauch aufmerksam zu machen, der von den Unternehmern mit dem unglücklichen Belegungsbelegungsexperiment der Papen-Regierung getrieben wird. Für diesen Mißbrauch trägt die Regierung die Verantwortung.

## Nazis und Bombenattentate

Kiel, 9. Nov. (Eig. Draht.) Von der Justizdirektion des hierigen Oberlandesgerichts erklärt die Öffentlichkeit, daß in der Nacht zum Mittwoch ein Sprengstoffattentat auf das Kieler Rathausgegendamt verübt worden ist. An einem Kellerfenster war eine Bombe angebracht, die durch eine Zündschnur zur Explosion gebracht werden sollte. Eine Polizeistreife verbinde die Attentat und verhaftete den Bombenleger am Tatort. Was die Polizei durch die Justizdirektion aber nicht erfahren hat, ist die zweifelsfreie Tatsache, daß der Attentäter Mitglied der Kieler SA ist. Es ist der 25jährige Siemsen, der bereits in viele politische Prozesse verwickelt war. Die Bombe war mit Kompositen gefüllt, einem der härtesten Sprengstoffe.

## Politische Zusammenstöße

BRN, Chemnitz, 10. Nov. Nach Beendigung einer von der SPD veranstalteten Revolutionsfeier ereigneten sich gestern gegen Mitternacht an mehreren Stellen der Stadt Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Durch Schuß- und Stichwunden wurden etwa 20 Personen verletzt, von denen sieben in das Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

## Der Korridor

als europäisches Sorgenkind

BRN, London, 9. Nov. „Daily Mail“ veröffentlicht einen Artikel Lord Rothermeres über die Notwendigkeit einer Revision bestimmter Teile der Friedensverträge, in dem der Verfasser insbesondere auf die Frage des Korridors zurückgeht, der die tiefste Ursache der Sorge um den europäischen Frieden darstellt. Die Zeitung Deutschlands zum dem Zweck, einen Eingang zum Meer zu verschaffen, sei der schlimmste Fehler, den Versailles begangen habe.

## Oesterreichs Revolutionsfeier

Wien, 9. Nov. (Eig. Draht.) Die Regierung Dollfus hat unter dem Druck der sozialdemokratischen Erklärung, daß der Wiener Revolutionsfeier, wenn es sein müsse, auch gegen den Willen der Regierung durchgeführt werde, das Aufmarscherevnt am 12. November ausfallen lassen. Die Arbeitererschaft muß daher den Gründungsstag der österreichischen Republik in der neuen Wohnen durch einen großen Aufmarsch feiern.

# Freistaat Baden

## Hilfsaktion

### gegen Notlage in den Waldgemeinden

Der Haushaltsausschuß genehmigt eine Ausfallbürgschaft des Landes von 100 000 Mark

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags beschäftigte sich in der Sitzung am Mittwoch, 9. November, mit der Uebernahme einer Ausfallbürgschaft von 100 000 M zur Vinderung der Notlage der bäuerlichen Bevölkerung in den Waldgemeinden Badens. In den Herbst- und Sommermonaten nahm die Not, besonders der Mangel an Getreide in vielen Ostgebieten des Schwarzwaldes und des Oberrheins, ganz bedrohliche Formen an. Schon in gewöhnlichen Zeiten können die kleinen Landwirte in diesen Gegenden ihren Eigenbedarf nicht bauen, sondern müssen Getreide noch einkaufen. Durch den Preissturz für landwirtschaftliche Produkte sind die Einnahmen aus Vieh, Futtermittel und Holz katastrophal zurückgegangen; Nebenbeschäftigungen in der Holzwirtschaft und Hausindustrie hat aufgehört, es sind also auch die Einnahmen hieraus zum Aufkauf fehlender landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht mehr vorhanden. Es drohte die Gefahr, daß viele hundert Bauernfamilien auf Wochen hinaus kein Brot mehr zu essen hätten, weil sie weder Geld hatten, solches zu kaufen, oder durch andere landwirtschaftliche Ausfallbürgschaften zu erwerben. Da die vorausgegangene Ernte ohnehin schon schlecht ausgefallen war und auch noch schlecht überwinterter hatte, dies die Not aber vergrößerte, mußte das badische Ministerium des Innern rasch durch eine Hilfsaktion handeln. Vom Reich wurden dem Lande Baden daraufhin 30 000 Zentner Roggen zu einem verbilligten Preise zur Verfügung gestellt. Die Bad. Landw. Zentralgenossenschaft in Karlsruhe hatte das Getreide zum Preis von 195 000 M übernommen, ließ es gegen Uebernahme der Reife zu 70 Prozent ausmahlen und verteilte das Mehl durch Vermittlung der Bezirksämter und der Gemeinden an die notleidenden Bauernfamilien. Es wurden auf diese Weise 21 000 Zentner Roggenmehl zur Verteilung gebracht. Davon erhielten die Bezirksämter der Waldgemeinden 19 600 Zentner und 1400 Zentner das Hugelgebiet am Kaiserstuhl. 1000 Zentner hiervon wurden unentgeltlich aus dem allgemeinen Fonds durch das Staatsministerium bewilligt. Die Zentralgenossenschaft Karlsruhe machte die Belieferung der Gemeinden von der Uebernahme einer Staatsbürgschaft bis zum Betrag von 100 000 M abhängig. Durch das Gesetz vom 27. Juli 1932 wurde der Finanzminister hierzu ermächtigt Ueber dieses Notgeld berichtete in ausführlicher Weise unter Darlegung der einwandlos geschätzten Ursachen der Abnahme (S. 8). Der Ausschuß nahm nach einer kurzen Erläuterung des stellvertretenden Innenministers, Gen. Staatsrat Müller, das Hilfs des Staates nur noch wenige tausend Mark betrage. Den Antrag des Berichterstatters auf Zustimmung zum Gesetz einstimmig an.

### Grundlose gemeine Verleumdung

Redakteur Schmid vom „Führer“ zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt

Monatelang gab der Nazigauleiter Wagner im „Führer“ die Aufforderung heraus, daß jeder, der etwas weiß, es seiner Zeitung mitteilen muß. So war es namentlich vor der Wahl allerorts Mode, über kanakalische Zustände in den Gemeinden zu berichten, mit dem offiziellen Zweck, die Wähler täuschen zu machen. Die Nazis aus dem kleinen Rastdorf Spöck wollten dabei nicht müßig sein und sorgten, ob man nicht dem Bürgermeister Hoffmann oder irgend jemand von der Gemeindeverwaltung an Zeugnis stellen könnte, und richtig es fand sich etwas. Ein kleiner Birnbaum der Gemeinde Spöck sollte der Ausgangspunkt für die Staatsaktion der Spöcker Nazis werden. Das vielleicht 10jährige Birnbaumchen hatte zum ersten Male 1925 ein paar Früchte. Da es eine ziemlich frühe Sorte war und die Birnen bis zur Obstverfeinerung langsam reiften, sagte eines Tages der Baumwart zum Bürgermeister, man solle, schon im Interesse des Bäumchens, die Birnen vor der Verfeinerung abmachen, sonst wird der Baum noch lauter gemacht. So kam es, daß der Bürgermeister in jenem Jahr das erstmalig die Ernte bekam. 5 Pfund sind es gewesen. Er behaltete dafür 1 Mark in die Gemeindefasse. Auch im nächsten Jahr war es wieder so. Wieder wurden die Birnen geerntet und dem Bürgermeister gebracht, der für die 10 Pfund diesmal 2 Mark behaltete. Nun hätte die Sache, die durchaus in Ordnung und im Interesse der Gemeinde lag, kein Mensch interessiert, wenn nicht die Nazis dahinter etwas gerochen hätten. Denn plötzlich nach 6 Jahren liefen in Spöck die Nazis die Köpfe zusammen und wollten auch etwas ihrer Zentrale berichten. Der Gemeinderat Manold nahm die Sache in die Hand und ging zum Bürgermeister, damit sich dieser rechtfertige. Um aber auf jeden Fall Erfolg zu haben, richtete er auch ein Schreiben an das Bezirksamt, in dem er den Bürgermeister wegen verächtlicher Dinge ansehnd. Die eingeleitete Untersuchung verlief negativ. Das genügte aber nicht. Die Nazis verlangten nun neuem die Einleitung eines Disziplinarverfahrens, das wieder die Befristung brachte, daß

### an den erbobenen Vorwürfen nicht ein Wort wahr

Das Bezirksamt gab dem Nazigemeinderat Manold von dem negativen Ausgang jenseits Bescheid und drohte ihm auch Strafe an, wenn er die Behauptungen weiter verbreite. Nun gingen die Nazis von Spöck aber ganz pflügend vor und wollten „denen“ mal eins auswichen. Am 2. Juli, also vor der ersten Reichstagswahl, erschien in großer Aufmachung der Artikel über die Birnen des Bürgermeisters von Spöck. Das war die Urkunde zu dem Strafverfahren gegen den „Führer“, Redakteur Adolf Schmid, der sich wegen öffentlicher Beleidigung und böser Nachrede zu verantworten hatte. Er bekannte sich als den Verantwortlichen, will den Artikel aber nicht selbst geschrieben haben. Mehrere Zeugen sowie ein Sachverständiger wurden vom Kreisrichter Schöffengericht vernommen, die alle von den angeblichen Unregelmäßigkeiten nichts wußten. Bei dem Prozeß, der im Interesse des Bürgermeisters notwendig war, gab es recht lange

In der Gerichtsverhandlung wurde wieder einmal, wie schon so oft bei den „Führer“-Artikeln festgestellt, daß auch nicht das geringste an den erbobenen Vorwürfen gerechtfertigt

war. Bei dem diesmaligen Prozeß ging es für die Nazis aber noch schlimmer aus, als sämtliche Zeugen, die von ihnen als Belastungszeugen genannt wurden, rein gar nichts sagen konnten. So kam es, daß man dem Redakteur noch nicht einmal den guten Glauben zubilligen konnte. Der Nazigemeinderat Manold erklärte, daß er bis zum heutigen Tag den betreffenden Baum überhaupt nicht gesehen hat. Er hat sich dieser Sache nur deshalb angenommen, weil ihm sein Pa., der Landwirt Karl Leopold Ernst, darum bat. Er hatte nur von der Sache gehört und wollte nun wissen, was los ist.

Staatsanwalt: Baden Sie gewußt, um was es sich handelt?

Zeuge: Nein.

Staatsanwalt: Warum haben Sie dann erst nach 6 Jahren nachfragen lassen?

Zeuge: Ich habe gemeint, die Gemeinde hätte einen Schaden erlitten.

Staatsanwalt: Sie wußten aber doch nicht, um was für einen Betrag es sich handelt.

Zeuge: Nein!

Staatsanwalt: Sie hatten aber sicher einen anderen Grund. War es ein politischer?

Zeuge: Ja, das kann sein. Unsere Partei schreibt vor, wenn man etwas weiß, muß man melden, und da habe ich gedacht...

Dann kamen noch zwei Nazigeugen. Der Landwirt Ernst und Max Hecht II. Der letztere baute sich vor dem Richter auf und leierte immer wieder seinen Spruch herunter: „Darüber mach ich keine Aussagen.“ Unter dem Verdacht der Urheberschaft und Mithäufigkeit werden alle drei Zeugen unregelmäßig vernommen.

Nach dieser gründlichen Beweisaufnahme ergriß Staatsanwalt Sofer das Wort zu seinem Plädoyer. Er berichtet, wie die Nazis diesmal eifrig waren im Denunzieren. Sie beantragten beim Bezirksamt ein Verfahren, als dieses unzulässig aussah, ein neues, und als wieder nichts hängen blieb, brachte man die Sache in die Zeitung, obwohl festgestellt war, daß keine Unregelmäßigkeiten vorzukommen sind. Dort wurde die ganze Sache aufgebauert und

so hingestellt, als handle es sich dabei um hunderte von Mark, in Wirklichkeit war der tatsächliche Betrag eine Mark.

Der Hauptbelastungszeuge Manold hat den betreffenden Baum überhaupt nicht gesehen. Der Staatsanwalt meinte weiter, der vorliegende Fall ist ein

typisches Beispiel für die niederträchtige Kampfesweise, die die Nazis in den politischen Kampf gebracht haben. Im Ganzen stellt der Artikel eine unerhörte Gemeinheit und Verleumdung dar. Da der Bürgermeister im öffentlichen Leben steht, beantragte er neben einer Verurteilung im Sinne der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches auch den Artikel 1 der Notverordnung anzuwenden und dafür eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Weiß, das Urteil: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung im Sinne der Notverordnung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt. Außerdem wird das Urteil im „Führer“ und „Menschen“ und in zwei weiteren karlsruher Zeitungen veröffentlicht werden. In seiner Urteilsbegründung behauptete das Gericht nur, daß die beiden Verleumdungen nicht ebenfalls erfüllt und ihrer Strafe zugeführt werden können, und sich nun feige hinter dem Rücken des Redakteurs verstecken.

### Nationalsozialistische Totenhandlung

Es wird uns geschrieben:

Der 9. November wird dem deutschen Volk allseitig als der Tag des Zusammenbruchs des alten Reiches nach einem 44jährigen verlorenen Krieg gedenken. Trauernd des Herzens erinnert sich das deutsche Volk der Millionen Toten, die als im Dienste des Vaterlandes als Opfer des Weltkrieges auf den Schlachtfeldern liegen. Wer irgend ein menschliches Gefühl im Herz hat, dem wird immer wieder die Trauer über diese zahllosen Opfer überkommen. Anders bei den Nationalsozialisten. Für sie sind die im Dienste des Vaterlandes im Weltkriege Verstorbenen eine abgetane Sache, da sie diese Opfer, deren lebendiger Wunsch zweifellos eine friedliche Weiterentwicklung der Welt war, nicht für ihre Parteizwecke verwenden können. Statt der Millionen Toten des Weltkrieges zu gedenken, veröffentlicht dabei der nationalsozialistische „Führer“ zum 9. November eine „Totenliste der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, die, ohne daß man diese Liste im einzelnen nachprüfen kann, dem Bürgerkriegstreibern der Nationalsozialisten gegen das deutsche Volk zum Opfer fielen. Wie immer man über den einen oder anderen dieser Totenliste denken kann, so sind diese Männer zweifellos nichts anderes als ein Opfer des Bürgerkriegstreibens der Nationalsozialisten gegen das deutsche Volk. Diese Opfer des nationalsozialistischen Bürgerkriegstreibens aber gar an die Stelle der Millionen Deutschen, die im Weltkriege zur Verteidigung des Vaterlandes gefallen sind, zu setzen, bedeutet eine Totenhandlung der deutschen Kriegsopter, wie sie nur von den Nationalsozialisten begangen werden kann.

### Politik aus Bosheit

Aus Durlach wird uns geschrieben:

Die Einigkeit aller Schaffenden wäre in dieser Elendszeit eine dringende Notwendigkeit. Dieser Wunsch brennt in jeder christlichen Protestierseele. Die große Frage: Warum vollzieht sich diese Einigung nicht? Warum stehen nicht alle, die man vom Platz der Sonne und der Freude verdrängt, in einer Front zusammen? In aller Deutlichkeit die Antwort: Weil Demagogie, Falschheit, niederträchtige Verleumdung und Bosheit sich mit Vernunft, Klarheit, mit der realen Sachlichkeit und dem festen Willen für den Kampf um die Rechte der Arbeiter nicht zu vereinigen läßt. Von den Nationalsozialisten, die Gegner des Proletariats sind — weil

sie Gegner des Klassenkampfes sind und nur „Klassenkämpfe“ führen — kann man so etwas, wie Feindschaft gegen Wahrheit und reale Tatsachen verstehen, daß aber die Kommunisten in die gleiche Kerbe fallen, das ist einem christlichen Proleten zuwider. (Dem Schreiber dieser Zeilen am allermeisten, weil er noch nie gegen die Kommunisten in verächtlicher Weise geiztrögen und weil er mit heißem Herzen die Einigkeit des Proletariats ersehnt.) Glauben denn die Kommunisten, wenn sie fortgesetzt die Führer der SPD beschimpfen, daß dann eine Einigkeit erzielt wird? Steht die SPD heute nicht im Kampfe mit den reaktionären Mächten? Es gehört schon ein groß Stück Bosheit dazu, wenn man die Sozialdemokratie als den Hauptfeind des Proletariats bezeichnet. Unter solchen Umständen kann sich keine Einigkeit vollziehen.

Groß ist das Elend der Massen. Bitternis frisst sich in die Seele der Gequälten, aber was denen, die dieses Elend zu politischen Spekulationen mißbrauchen. Ein solches Spiel muß sich fürchtbar ragen. Und daß neben den Nationalsozialisten auch die Kommunisten aus der Not der Massen politische Geschäfte schlagen, dafür zeugen genügend Fälle, die fast tagtäglich sich abspielen. Hier ein drastisches Beispiel. Auf einem Rathaus werden Anträge gestellt zur Verteuerung der Not der Erwerbslosen über den Winter. Die Anträge der SPD fordern von der betreffenden Stadt mehr Geldmittel, als die der SPD. Deduktionsvorläufe konnten nicht gemacht werden. Der kommunisierende Bürgermeister konnte nun laut Gesch über diese Anträge zur Tagesordnung übergeben. Trodem wurde im Stadtrat abgestimmt. Alle bürgerlichen Stadträte (auch die Nazis) stimmten dagegen. Die Anträge wurden abgelehnt. Nun bringt es ein Stadtrat der SPD, fertig, in einer Erwerbslosenversammlung zu sagen, die SPD-Anträge hätten mit den bürgerlichen Vertretern die Anträge der Erwerbslosen abgelehnt. Dazu noch ein lächerliches Zusatzschreiben ist, daß für die Erwerbslosen der SPD-Stadträte ausgeschrieben ist, daß für die Erwerbslosen ein umfangreiches Hilfswort in die Wege geleitet wird, weit besser als in solchen Orten, wo der Einfluss der SPD vorherrschend ist. Das tut ja nichts zur Sache. Die Hauptsache ist: die SPD-Führer haben wieder ein hohes Spiel vor irregleiteten Menschen getrieben.

### Die falschen Propheten

Was die Nazis vom 6. November erwarteten

Am Vorabend des Wahltages veröffentlichte die offizielle Parteikorrespondenz der NSDAP ein Interview mit dem Pressechef Hitlers, Dr. Dietrich, der den Propagandaabteilung Hitlers mitgeteilt hatte. Das Interview lautet in seinen entscheidenden Stellen folgendermaßen:

Frage: Wie beurteilen Sie nach den bisherigen Erfahrungen ihrer alle Gebiete des Reiches umfassenden Reise die Wahlausichten der NSDAP?

Antwort: Die NSDAP wird am 6. November ihren größten und eindrucksvollsten Sieg erringen, den die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung zu verzeichnen hat.

Frage: Können nicht auch Versammlungen leicht zu begeisterter Menschen täuschen?

Antwort: Der Begeisterungsturm von fünf oder zehn Versammlungen in nationalsozialistischen Hochburgen mag eine Täuschung über die allgemeine Stimmung möglich machen. Das ganze Deutschland aber, das wir im Querschnitt dieser Reise sehen und hören, schließt die Möglichkeit einer Täuschung schließend aus. Nach dieser umfassenden und erschöpfenden Erkundung im Innern durch das ganze Reich kann für mich kein Zweifel mehr sein: Das Volk steht wirklich hinter Hitler und wird am 6. November den Wahlsieg der NSDAP verbürgen. Diese Siegesgewissheit des Pressechefs Hitlers griff auf die Presse über. So deklarieren der „Westdeutsche Beobachter“ am Tage vor der Wahl:

Wir werden sie zerstampfen, die Feinde des Volkes, und erbauen jenes Reich der Ehre, der Freiheit und der Treue, das alle deutschen Menschen als tiefste Sehnsucht im Herzen tragen. In diesem Zeichen: Vorwärts zum Sturm!

Ehre und Treue der NSDAP sind ebenso echt wie ihre Wahlprophetieungen.

### Nationalistische Sittenverwilderung

Stralsund, 9. Nov. (Eig. Dracht.) Welchen Gefahren die Jugend in den „nationalen“ Verbänden ausgesetzt ist, zeigte eine Verhandlung vor der Großen Strafkammer Stralsund. Das Gericht verurteilte den 27jährigen Kaufmann Otto Brandt aus Demmin zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, weil er in zahlreichen Fällen widerrechtliche Unzucht getrieben hatte. Das Traurige an diesen Vorfällen aber ist, daß es sich bei den Opfern des Angeklagten um Schüler unter 14 Jahren und um Lehrlinge handelt. Sein Hauptbetätigungsfeld war das Heim der Bismarckjugend in Demmin, in deren Organisation er eine Rolle gespielt hat. Das Heim ist inzwischen auf Grund der Vorfälle aufgelöst worden.

### Politischer Ueberfall

DD. Darmstadt, 8. Nov. Die Landesstrafpolizei teilt mit: am 3. November wurden im Anschluß an eine SPD-Versammlung in Rimbad i. Odenw. zwei Lastkraftwagen mit Reichsbannerangehörigen auf der Straße zwischen Rimbad und Wörlingbach von politischen Gegnern mit Steinen beworfen. Dabei wurden die Lastkraftwagen beschädigt. Durch die Gendarmerie wurden 13 Nationalsozialisten festgenommen, die im Verdacht stehen, an dem Ueberfall beteiligt zu sein. Weitere Ermittlungen sind noch im Gange.

### Belgien sucht Anleihe

Brüssel, 9. Nov. (Eig. Dracht.) Der belgische Ministerpräsident de Brouqueville hat dieser Tage in Paris mit Herriot verhandelt. Wie aus guter Quelle verlautet, hat de Brouqueville versucht, in Paris eine Anleihe von einhalb Milliarden Franken aufzutreiben. Der leitende belgische Finanzmann Francis hat sich in vergangener Woche um eine derartige Anleihe in Paris vergeblich bemüht. Die französischen Banken sind wenig zugänglich, zumal der belgische Schuldner seit 1930 fünf Milliarden verschlungen hat.



# Mühlen Franck zu jedem Kaffee!

Mühlen Franck macht jeden Kaffee kräftiger, ergiebiger und billiger. Drum wird auch in Zeiten wie jetzt Mühlen Franck besonders geschätzt!

Nazis und Kozis als Judasse

Vom Berliner Verkehrsstreik

Das Schindluderspiel der Nazis und Kozis

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es kam so, wie es kommen mußte. Der Streik ist elend zusammengebrochen — weil die kommunistisch-nationalsozialistische Streikfront zu allem fähig war, nur nicht zur Führung eines Streiks.

Das Gegenteil von Moral — eine Gewissenlosigkeit, ein Verbrechen war der Streik. Die Berliner Verkehrsarbeiter wurden, nur weil die Wafel vor der Tür stand, in ein Experiment hineingeworfen.

Die WGG will die Gelegenheit benutzen, um ihren Betrieb „rentabel“ zu machen. Nach ihrer Auffassung ist ein bestimmter Prozentsatz ihrer Arbeiter und Angestellten längst überflüssig.

Obne Zweifel wären bei der WGG, wenn sie ein Privatbetrieb wäre, längst Tausende von Arbeitskräften abgebaut worden.

Das nicht geschah, dann nicht zuletzt deswegen, weil bisher in der WGG Sozialdemokraten immer wieder aus sozialen Gründen nicht die brutalen Rentabilitätsberechnungen auszusprechen ließen.

Heute sitzen diese Sozialdemokraten nicht mehr in der Leitung der WGG. Heute weht dort ein anderer Wind und was für ein Wind, das müssen jetzt die Berliner Verkehrsarbeiter an eigenen Leiden sehr schmerzhaft verspüren.

Gegen die Sozialdemokratie hat die Nazi-Koalition seit dem Ausbruch des Streiks, wie nicht anders zu erwarten war, eine Flut von Verleumdungen und Dreck losgelassen.

Erst am Dienstag wieder sagt das Berliner Naziblatt, es gebe nicht an, sozialdemokratischen „Börsen-Kleingeldhüter“ in die Tasche zu schießen und dem Personal die Löhne zu kürzen.

Wenn die Sozialdemokraten läßen nicht am Steuer eines Autobusses, mit dem die Berliner fahren müßten, sie läßen vielmehr in einem eleganten Auto, das sie sich auf Kosten der WGG-Arbeitnehmer leisten könnten.

Das ist eine unverschämte Lüge. Gerade den Sozialdemokraten in der WGG, ist immer wieder der Vorwurf gemacht worden, sie hätten die Löhne übersteigert und nicht rechtzeitig für Entlassungen gesorgt.

Aber all das macht auf die Nazi-Koalition natürlich nicht den geringsten Eindruck. Diese erbärmliche Sippschaft, die allein das Streikfiasco auf dem Gewissen hat, lacht jetzt nach einem Sündenbock.

Allem Anschein nach ist sie selbst jetzt davon überzeugt, daß ihre dummen Lügen sehr kurze Beine haben, und deshalb liegen sich die lauberen Brüder, die die Berliner Verkehrsarbeiter ins Unflück geführt haben, jetzt bereits sehr böse in den Haaren.

Das beide den Gemeinlichen Streikverrat vormerken, versteht sich von selbst. Das war zu erwarten wie das Amen in der Kirche. Daß sie sich aber jetzt selbst gegenseitig als Streikbrecher beschimpfen, das ist bezeichnend für diese Sippschaft.

So meldet z. B. das Kommunistenblatt „Berlin am Morgen“ den Abbruch des Streiks mit dem Balken „Streikbruch-Einheitsfront der Reformisten und Nazis“. „Erst als der schleichende Verrat“, so sagt das Salon-Kommunistenblatt, „in die Reihen der Kämpfenden getragen wurde, gelang es, den Kampf der Verkehrsarbeiter so zu schwächen, daß er abgebrochen werden mußte.“

Und das Oran des Salonproletariats Dr. Goebbels, bringt am Dienstagmorgen die Balkenüberschrift: „Wie die deutsche Arbeiterfront vom Kommunismus verraten wird — Kommunismus würgen WGG-Streik ab — KGD für Lohnraub — Schmähliche Kapitulation“.

Die nationalsozialistischen WGG-Arbeiter, last das Blatt, hätten bisher die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Der Gesamtmarxismus — Sozialdemokratie und Kommunismus — habe den Streik der Berliner Verkehrsarbeiter feige und gewissenlos hintertrieben und abgewürgt. Er habe damit die gerechten Forderungen der WGG-Arbeiter labotiert und den Lohnraub endgültig festgesetzt.

Da haben wir den Salat: die Bundesgenossen von gestern bewerkeln sich heute mit Dreck. Nur die Nazis — laßen die Nazis — bekämpfen den Lohnraub. Nur sie allein sind Streiker ohne Furcht und Tadel. Kommunismus und Reaktion — so fann Goebbels seinen von ihm angeheißenen für rettungslos verblödet gehaltenen Leuten vormachen — leisteten gegenseitig einander Zutreibdienste. Die Eugenberg-Kapitalisten seien zwar für den Lohnraub, sie hätten jedoch bei der Wahl durch unverantwortliche Debe gegen die Nazis dem Kommunismus geholfen und um Dank dafür hätten die Nazis den Streik abgebrochen! O Herr, sieh dein Volk an!

Und die Kommunisten? Sie haben sogar die Entdeckung gemacht, daß die Zentrale Streikleitung den Kampf „nicht ohne Erfolg“ abgebrochen habe. Der Erfolg zeigte sich in der Verlängerung des Mantelarifbis bis Ende März, und auch sonst noch seien weitgehende Verschlechterungspläne der WGG-Direktion zurückgeschlagen worden. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit. Dieselben Herrschaften, die, wie der Gesamtverband bereits einwandfrei nachgewiesen hat, durch ihren dämlichen Streik die Verbindlichkeits-erklärung eines Lohnabbauforschritts erzwungen und damit den Gewerkschaften die Hände gebunden haben, drücken sich jetzt mit dem, was die Gewerkschaften in mühseligen Verhandlungen für die WGG-Arbeiter herausgeholt. Die Gewerkschaften haben den Lohnabbau bis auf 2 Pfennig heruntergedrückt. Sie haben den Mantelarifvertrag verlängert, und wenn die Kommunisten und Nationalsozialisten nicht mit ihrem Streik das wünschenswerte hätten und den Gewerkschaften die Verhandlungsfreiheit geliebt wäre, dann wären nach Lage der Dinge noch einige Verbesserungen durchgedrückt worden. Vor allem aber wäre nicht die Gefahr der Massenentlassung heraufbeschworen worden. Sie zu vermeiden, war von Anfang an mit ein Hauptgrund für die Zurückhaltung der Gewerkschaften.

Aber lo ist es nun einmal bei uns in Deutschland: die Schreier haben, seitdem Teile der Arbeiterschaft auch noch durch die Hitler-Schwadronen verrückt gemacht worden sind, selber immer wie-

der das Ohr der Arbeiter. In einer Krise ist Vorzicht das oberste Gebot in Arbeitskonflikten. „Eßt was's, dann was's" — war die Parole eines Woffke, und der verstand wohl etwas von Strategie. Die Parole der Nazi-Koalition im Berliner Verkehrsstreik dagegen lautete: „Nur immer feste druff!“ Und diese Parole stammt von einem, der von Strategie nichts verstand. Den Schaden haben die Berliner Verkehrsarbeiter.

Einbruchversuch in eine Stationskassette

Unweiler (Wals), 9. Nov. Am Montagabend wurde von einem Einbrecher versucht, die Stationskassette auszurauben, während der diensttuende Beamte mit einem einlaufenden Zug zu tun hatte.

Durch das Eindringen der Scheibe am Fahrkartenschalter wurde der Beamte auf die Sache aufmerksam. Als er ins Büro trat, flüchtete der Räuber schnellst davon und entkam unentdeckt. Geld konnte er infolge der Überwachung keines unentnehmen.

Der Bullerjahn-Prozess

Berlin, 9. Nov. Zu Beginn des voraussichtlich letzten Berliner Verhandlungstages im Bullerjahn-Prozess blieb die Öffentlichkeit zunächst wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Immer noch die Frage erörtert wird, ob Bullerjahn tatsächlich Kenntnis von wichtigeren Geheimnissen gehalten haben soll, die nicht verraten worden waren. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit äußert sich der Verhörsleiterbeamte Schmidt und erklärte als Zeuge, Bullerjahn sei an dem im Werte vorgekommenen Schrottschießungen nicht beteiligt gewesen, habe aber von der Direktion einen Brief wegen dieser Vorwürfe bekommen.

Der Anwalt Bullerjahn betont, daß dieser Brief mit der Anklage zu seinen Drohungen gegen das Werk gewesen sei, die jetzt so belastend für ihn seien. Als der Vorsitzende den Anwalt darauf hinweist, daß er in seinen ersten Vernehmungen diese Gründe für die Vernehmung nicht im Protokoll angegeben habe, rief Bullerjahn erregt: „Ich kenne die Bedeutung eines Protokolls nicht. Wenn man das Strafgeset nicht kennt und in die Maschinenrie der Justiz gerät, dann ist man verraten und verkauft!“

— Vorsitzender: „Sie sind aber bei Ihren Vernehmungen nicht bei der Wahrheit geblieben!“ — Weil ich zu unmaßstäblich gesungen wurde. Der Eintretende greift doch nach einem Strohhalm.“

Anschlag auf die Fernleitung der Reichs-Elektrowerke

Berlin, 9. Nov. Der Polizeipräsident teilt mit: In der Nacht des 23. Jahre als Kaufmann Rader aus Gernersheim wegen verdächtigten Verrats militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung fand unter vollständigem Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt München, 9. Nov. Vom Obersten Landesgericht München wurde der 23 Jahre alte Kaufmann Rader aus Gernersheim wegen verdächtigten Verrats militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung fand unter vollständigem Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Eisenbahn fährt in eine Gruppe von Streckenarbeitern London, 9. Nov. Auf der Strecke Tring-London fuhr ein Zug bei Watford in eine Gruppe von Streckenarbeitern hinein. Fünf Arbeiter wurden getötet, zwei verletzt.

Zimmer noch Soldatenleihen geborgen Paris, 9. Nov. (Eig. Draht.) Auf den ehemaligen Schlachtfeldern in Nordfrankreich wurden im Laufe des Monats Oktober 103 deutsche und 89 französische Soldatenleihen geborgen. Von den Deutschen konnten bisher 16 identifiziert werden.

Vergebliche Liebesmühe bei einem Kohlenprozess Stuttgart, 9. Nov. (SP.) Die Absicht des Verbandes württembergischer Kohlenhandlungen e. V., „Klatschhandel“ in Neulingen, um die über ihn am 15. Juni ds. Jz. vom Reichsstaatsgericht verhängte Ordnungsstrafe von 900 RM. sich herumschleichen, ist vollständig mißglückt. Das Reichsstaatsgericht hat in seiner erstgenannten sehr kurzen Verhandlung, die im Amtsgericht Frankfurt a. M. stattfand, sich von der angeführten Unsicherheit des Verbandes, nicht an den Lieferverpflichtungen gegen die Stuttgarter Kohlenhandlung Friedrich Wals beteiligt zu sein, nicht zu überzeugen vermocht und die Wiedererhebung der kostenpflichtig zurückgewiesenen. Es bleibt also bei der im Juni ds. Jz. ausgesprochenen Ordnungsstrafe von 900 RM., zu der nun noch die Gerichtskosten in Höhe von 400 RM. und die Erläuterung der Anlagen der Stuttgarter Kohlenhandlung Friedrich Wals kommen.

Der Tod im Weinkelser In Dakenfort an der Mosel wurde ein 40 Jahre alter Winzer in seinem Weinkelser durch Gärung getötet. Seine Mutter, die ihn ins Freie schaffen wollte, wurde gleichfalls bewußtlos. Als am anderen Morgen im Hause des Winzers noch Licht brannte und Nachbarn Nachforschungen anstellten, fanden sie die Leichen von Mutter und Sohn.

Weltflieger v. Gronau zurückgekehrt Wittenberg, 9. Nov. Der deutsche Weltflieger Wolfgang v. Gronau ist um 16.10 Uhr bei den Dornier-Werken in Wittenberg gelandet. Er wurde von dem Erbauer seines Flugzeuges, dem bekannten Ingenieur Dr. Claude Dornier und anderen Herren der Dornier-Werke begrüßt.

Der Flieger wird erst morgen den kurzen Flug über den Bodensee nach Friedrichshafen ausführen, da erst für morgen nachmittags 2 Uhr sein Empfang und seine erste Beurlaubung auf deutschem Boden nach erfolgreicher Durchführung seines Weltfluges vorgesehen sind. Mit der Erreichung des Bodensees hat Wolfgang v. Gronau mit seinem Dornier-Wal in etwas mehr als 300 Flugstunden eine Strecke von mehr als 60 000 Kilometern zurückgelegt. Der Flug führte bekanntlich von der Insel Soltau über Island, Grönland, Alaska nach Chicago. Auf dieser Strecke überquerte v. Gronau zum dritten Male den Nordatlantik in der Nord-

Die Zukunft der „Deutschen Welle“

W.B. Berlin, 9. Nov. Die von einer Reihe von Zeitungen gebrachten Nachrichten über die künftigen Aufgaben und den Etat der „Deutschen Welle GmbH.“ werden von besagter Seite als den Dingen voraussetzend bezeichnet. Zeit steht nicht nur, daß — entsprechend den Verträgen für die Rundfunkreform — der Großhändler Königswinterhausen Reichsleiter wird und daß die Reichs Rundfunkgesellschaft über ihn verfügt. Ferner steht fest, daß die „Deutsche Welle GmbH.“, die diesen Sender bisher bis 20 Uhr bediente, ihn unter der neuen Firma „Deutschlandsender GmbH.“ auch in den Abendstunden mit einem eigenen Programm bedienen wird. Einzelheiten der Programmpläne können erst in Betracht gezogen werden, wenn die Erwägungen über die Organisation der „Deutschlandsender GmbH.“ abgeschlossen sind. Die Frage des Etats hat die zuständigen Stellen überhaupt noch nicht beschäftigt.

Aus aller Welt

West-Vietnam. Von Chicago floa er über das amerikanische Festland, die Meeren, nach Japan, von dort über China, Wafana, Ceslon, Bagdad nach Athen. Von dort ging es weiter über Rom nach Genoa. In Erinnerung ist noch die Notlandung v. Gronaus im Indischen Ozean.

Kinderprostitution! Von der 12. Großen Strafkammer des Landgerichts I in Berlin wurden wegen Sittlichkeitsverbrechen der 63 Jahre alte Artill. Offizier zu 4 Jahren Zuchthaus, der 54 Jahre alte Techniker Dunkel zu 2 Jahren Zuchthaus, der 48 Jahre alte Arbeiter Kistemacher zu 3 Jahren Zuchthaus und der 45jährige Schneider Kothe zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Es gibt in Berlin eine Kinderprostitution! — Das ist nach dem Verlauf der Beweisaufnahme das Ergebnis dieser erschütternden Verhandlungen, in der eines der traurigsten Kapitel der großstädtischen Sitten- und Sozialgeschichte zur Sprache kam. Die sechs Angeklagten, die sämtlich vorbestraft sind (Strafzeit nicht weniger als 25mal!), machten sich im Humboldthain an Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren heran und verleiteten sie durch Geldgeschenke dazu, ihnen Willen zu sein. Als Zutrittskarte dienten ihnen eine Frau Vera Hecht, die Mischling ist. Die Angeklagten verführten sich zu „verleiden“, indem sie behaupteten, daß die Kinder sie angestrichelt und „verleitet“ hätten; daß sie falsche Vermögensangaben gemacht hätten; daß häusliche Armut sie schon vorher zur Anknüpfung von Männerbekanntschaften gezwungen habe. Die Jugendvernehmung ergab ein wesentlich anderes Bild.

Französisches Steuer-Panama Der sozialistische „Populaire“ enthüllt einen neuen französischen Finanzskandal, der das größte Aufsehen erregen wird. Der sozialistische Abgeordnete Albertin hat bereits eine Interpellation angekündigt. Es handelt sich um einen Steuerbetrug in großem Maßstab, an dem etwa 2000 Personen, in der Hauptsache Senatoren, Generale, Adlige, kurz, die sogenannte Elite der Nation, beteiligt sind. Alle diese Patrioten haben sich durch die Kaiserherrschaft seit Jahren die Armons ihrer Ämter unter Umgehung der Steuerpflichten durch den Verkauf von Wertpapieren ausbezahlt lassen. Der Direktor der Handelsbank brachte das Geld selbst nach Paris und übergab es den Aktionären in seinem Sotelszimmer. Der Staat ist dadurch um viele Millionen geschädigt worden.

Das Finanzministerium bekam von der Seite Wind. Ein Parlamentarier erklärte in dem Hotel des Westler Bankiers und nach sich als dessen Beauftragten aus. Er konnte auf diese Weise eine ganze Menge von Titeln abgeben, die Geld abbekommen wollten, fernernennen und etwa zehn Pfsten von Kunden der Bank entbeuten. Da aber zu den Aktionären sehr hochgestellte Personen gehören, so u. a. ein mit Tardieu befreundeter Senator, hat das Finanzministerium bisher gezögert, ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Abgeordneter Albertin wird nun der Regierung Auskunft fordern, wann sie endlich gegen die Schuldsäulen gerichtliche vorgehen will.

Volkswirtschaftliches Weiterführung der Junkers-Werke Dessau, 9. Nov. (Eig. Ber.) In Dessau fand eine gläubigere Verammlung der Firma Junkers statt, die nach sehr bewegten Verhandlungen mit großer Mehrheit den von Junkers angebotenen Vergleich annahm.

Alle Forderungen bis zu 500 Mark und die bevorrechtigten Forderungen (Löhne und Gehälter) bis zum Ende dieses Jahres sollen voll befriedigt werden. Die Forderungen über 500 Mark werden bis zum Ende des Jahres mit einer Rate von 40 v. H. befriedigt. Weitere 20 Prozent sollen im Laufe des Jahres 1933 und 1934 befriedigt werden. Wenn sich später die Wirtschaftslage des Unternehmens bessert, sollen noch einmal 20 Prozent zur Auszahlung gelangen, jedoch die Gläubiger in diesem Falle nur 20 Prozent verlieren. Die Barmittel für die Auszahlung des Vergleichs gewinnen die Junkerswerke durch den Verkauf eines Teils der Werte an den Stuttgarter Großindustriellen Wofsch. Er übernimmt zu einem Kaufpreis von 2 600 000 Mark den Teil des Konzerns, der unter der Firma Junkers und Co. geführt wird (Waldschütz und Warmanlagen). Zu den geschädigten Gläubigern zählt auch die Wohlfahtsversicherung der Werke. Bei der nicht sehr übersichtlichen Wirtschaft, die im Junkerskonzern eine Zeitlang getrieben worden ist, sind unter anderem 26 000 Mark der Arbeiterunterstützungskasse und 23 000 Mark der Wohlfahrtskasse veruntert worden. Diese Forderungen nehmen im Rahmen der vorgezeichneten Quoten an dem Vergleich teil.

Mit dem Abschluß des Vergleichs ist wenigstens für die nächsten Jahre die Weiterführung des Junkerskonzerns gesichert. Das ist für die Arbeiterschaft in Dessau von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Grafen Douglas.

Marktberichte Schweinemarkt in Ellingen am 9. November 1932. Zufuhr 53 Ferkel, 117 Käufer, Verkauf: 40 Ferkel, 84 Käufer. Preis pro Paar 10—20 Rm. 24—72 M. Nächster Schweinemarkt am Mittwoch, den 16. November 1932. — Rindvieh- und Pferdemarkt am 9. Nov. 1932. Zufuhr: 24 Kühe, 26 Rinder, 3 Küber und 2 Pferde. Verkauf: 5 Kühe und 13 Rinder. Preis: Kühe 185—400 M., Rinder 80—160 M. — Nächster Rindvieh- und Pferdemarkt am 16. Dezember 1932. Beginn: Vormittags 8.30 Uhr.

Zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühe nimmt man MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

10. November.

1483 \*Martin Luther. — 1759 \*Friedrich Schiller. — 1807 \*Robert Blum. — 1878 \*Amerikanischer Schriftsteller U. Sinclair. — 1918 Deutschland nimmt Waffenstillstandsbedingungen der Entente an. — 1918 Regierung der Vereinigten Sozialdemokraten.

### Heißt werden für die Notgemeinschaft!

Wiederum hat die Notgemeinschaft ihr Hilfswerk begonnen. Ihr Arbeitsfeld ist in diesem Winter noch größer, denn die Not der erwerbslosen Bevölkerung ist seit dem letzten Jahr noch weiter angewachsen. Da gibt es, mit allen Mitteln zu helfen, daß kein Bürger unserer Stadt in diesem Winter das Nötigste an Nahrung und Brennholz entbehren muß. Mancher, der im letzten Winter selbst noch kein Scherlein beitragen konnte zur Unterstützung der Notleidenden, ist jetzt selbst auf die Opferwilligkeit anderer angewiesen. Unsere Pflicht ist es zu helfen, dessen muß sich jeder bewußt sein. Jeder sollte diese Pflicht freudig erfüllen und helfen, soviel er kann.

Die Werber und Werberinnen für die Winterhilfe haben seit einigen Tagen ihre aus dem Vorjahr bekannte Sammelkarte wieder aufgenommen. Eine größere Anzahl selbstloser, ehrenamtlicher Hilfskräfte aus allen Kreisen der Karlsruher Bevölkerung hat sich freiwillig zur Werbetätigkeit zur Verfügung gestellt. Auch weiterhin werden Anmeldungen hierzu gerne entgegengenommen.

Das Werben von Haus zu Haus für die Notgemeinschaft ist keine leichte Arbeit. Aber wer von dem Wunsche, mitzuwirken und die Not zu lindern, ganz durchdrungen ist, scheut diese Anstrengung nicht. Treppauf, treppab spricht der Werber an jeder Wohnungstür vor und bittet um Gaben. Nicht immer erleichtert man ihm seine uneigennütige Arbeit. Anstatt einer freundlichen Gabe erhält er an mancher Wohnungstür schroffe Worte oder man schlägt ihm schon gleich die Tür vor der Nase zu. Auch von dieser Stelle sei deshalb die Bitte ausgesprochen, wenn wirklich eine Familie für die Winterhilfe diesmal nichts beisteuern kann, es dem Werber freundlich und ruhig zu sagen; freundliche Worte veröhnen.

Die Werber und Werberinnen sind durch ein vom Briefträger überbrachtes Schreiben der Notgemeinschaft allen Haushaltungen und Firmen angemeldet. Jeder Werber führt eine, mit einem Ausweis versehen, rot eingebundene Einzeichnungsliste mit sich, in welcher der Betrag, den man zeichnen will, eingetragen wird. Auch Gutscheine auf Kohlen, Kartoffeln und andere Lebensmittel werden entgegengenommen. Alle Gaben können zur gewinnlichsten Zeit bei dem Spender abgeholt werden.

In jeden Karlsruher Bürger ergeht die Bitte, zu überlegen, was er in diesem Winter für die vielen Notleidenden unserer Stadt spenden kann und in die ihm vorgelegte Liste eintragen wird. Die Karlsruher Winterhilfe weiß das Opfer wohl zu schätzen und alle Notleidenden sind herzlich dankbar und froh für jede, auch die kleinste Gabe. S. Schm.

### Großer Fahrkartenschwindel aufgedeckt

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist es dort drei Karlsruher Kriminalbeamten gelungen, binnen kurzer Zeit eine schon lange gesuchte Bande von Fahrkartenschwindlern dingfest zu machen, deren Spuren nach Karlsruhe, Gießen und Berlin geführt hatten. Es handelt sich hauptsächlich um polnische Staatsangehörige, die auch noch verschiedenes anderes auf dem Kerbholz haben. Die Betrüger werden in Karlsruhe zur gerichtlichen Aburteilung kommen.

### Bäderbesuch in den städt. Hallenbädern

im Monat Oktober 1932

	1931	1932
Schwimmbäder	31 250	29 142
Wannenbäder	11 441	8 750
Kohlenlärerbäder	371	198
Kneippgüsse	172	48
Fangbäder	172	125
Schaumbäder	48	43
Dampfbäder	605	610
Elektrische Lichtbäder	821	567
Kurbäder	766	569
	45 646	40 052

### Kalte Füße

Eines der verbreitetsten menschlichen Uebel sind kalte Füße. Sie werden ihrem Träger nicht nur lästig und verheuen ihn bisweilen den Schlaf, sondern sie geben auch häufig die Veranlassung zu mancherlei Erkältungskrankheiten. Woher kommen nun die kalten Füße und wie bekämpft man sie? Außere und innere Ursachen sind daran schuld. In vielen Fällen sind kalte Füße gleichbedeutend mit kalten Händen; denn wer zum Beispiel mit dünnen Strümpfen und leichten Schuhen durch regennasse oder schneebedeckte Straßen stapfen muß, der wird leicht nasse und damit kalte Füße bekommen. Hier hilft nur festes Schuhwerk und sofortiges Vertauschen der nassen Schuhe und Strümpfe gegen trockene, sobald man zu Hause angelangt ist.

Vielfach beruhen kalte Füße aber auch auf einer inneren Störung des Blutumlaufs, die in einer krankhaften Veranlassung begründet ist, so bei blutarmen Menschen oder bei alten Leuten, deren Blutumlauf verlangsamt ist. In vielen weiteren Fällen tragen wir aber auch selbst an dem Auftreten von kalten Füßen Schuld, nämlich dann, wenn wir durch ungewöhnliche Kleidung die Blutzirkulation künstlich erschweren. Das geschieht durch das Tragen von enger Schuhe und Strümpfe und vor allem durch rund um das Bein herumlaufende Strümpfhalter. Hier ist es natürlich leicht, Abhilfe zu schaffen, wenn man nur weiß, worum es sich handelt. Man trage also bequeme Schuhe und solche Strümpfbänder, die in der Länge-

## Auf den Spuren der Vergangenheit

Ausgegangene Orte im Norden von Karlsruhe

Von Albert Saujenslein, München

(Schluß)

Ganz ähnlich wie mit Hebelburg verhält es sich auch mit dem im alten Uffgau, vermutlich in der Gegend von Staßfurt und Neureut gelegenen, heute aber gleichfalls „ausgegangenen“ Sittlichshowa, dem „Dorf des Sittlich“, wie der Sprachforscher den Namen zu erklären versucht. Denn Feldnamen in Zusammenhang mit Dorf, Hauen, Heim, Hof usw. beweisen unbedingt das Vorhandensein einer früheren Wohnstätte. Kolb schreibt zwar Sittlichshowa und setzt dies gleich Linthenheim als eines der Gottesauer Sittlichgüter, womit er indessen gründlich danebenzueraten haben dürfte. Der Umstand, daß in der schon erwähnten königlichen Bestätigungsurkunde aus dem Jahr 1110 anlässlich der Grenzbeschreibung des Klosters Gottesau Sittlichshowa, das übrigens nur an dieser einseitigen Stelle vorkommt, zwischen „Stafpfort“ und „Novale ante ipsam cellam“, d. h. Neureut vor dem Kloster selbst, genannt wird, veranlaßt uns zu der Annahme, dem einstigen Ort zwischen diesen beiden Dörfern zu suchen. Ueber die Schicksale dieser anscheinend schon seit dem 12. Jahrhundert verlassenem Siedlung sind wir völlig im Dunkeln.

Auf Suttentheimer Gemarkung besaß heute noch der Flurname „Im alten Dorf“ das einstige Vorhandensein einer Ortschaft daselbst. Es ist dies das in Urkunden vom Jahre 781 bis 1619 vorkommende Knautenheim („Seim des Cnuto“), das ursprünglich am Rhein gelegen war und diesem Strom wohl auch seinen Untergang verdankte. Im Jahre 1758 ward der Ort eine Strecke landeinwärts verlegt und das neue Gemeinwesen damals nach dem Speierer Bischof Franz Christoph von Suttentheim genannt. Die Geschichte Knautenheims wird uns später noch in einem besonderen Aufsatz beschäftigen, so daß es gestattet sei, es an dieser Stelle nur flüchtig gestreift zu haben.

Ein weiterer Name, der der Vergessenheit anheimzufallen, ist derjenige des Hofes Kriebach, der wahrscheinlich zwischen Mandelach und Staßfurt lag und dessen in einem alten Karlsruher Kavaliersbuch unter Jahr 1897 folgenbermaßen Erwähnung getan wird: „bis hin die lehen, die Wilhelm von Uslingen von mom herren Rafan bischoff zu Speire hat: ein vitzel am dorff und am burgabel von Staßfurt, ein vitzel am vare (=Fähre) . . . ein vitzel an dem hofe genant Kriebach isenstet des wassers mit aller siner zuehoerde, herozu gehoret ein hoff zu Mandelach . . . und darzu ein gemene lehenunne der kirchen daselbs suo Blantenfahge.“ Kriebach, das heute auch schon längst dem Erdboden gleich ist, war demnach ein bischöflich weltliches Lehen, das 1420 letztmals erwähnt wird.

Von der Liedolsheimer Bauernschaft wird 1248 mit Zustimmung des Grundherren, des Ritters Rüdiger von Staßfurt, den Brüdern des maulbronnischen Bauhofs in Schure der seither gemeinschaftlich als Weideland und auch sonst benutzte Allmendbezirk unter gewissen Bedingungen und unter genauer Grenzbeschreibung überlassen. Der nur hier genannte Ort Schueer, der vielleicht am Rhein und in der Gegend von Liedolsheim gelegen war, ist wahrscheinlich ebenfalls den Fluten des Stromes erlegen. Jedenfalls ist auch er längst spurlos verschwunden.

Sir kommen nun auf Schröd zu sprechen, dessen Geschichte uns aber im Rahmen dieser Abhandlung nicht beschäftigen darf, da wohl zwar der Name Schröd im Sprachgebrauch sich verloren hat, während der Ort hingegen unter der seit 1833 üblichen Bezeichnung Leonoldsbach allen Karlsruhern wohl bekannt sein dürfte. Die uralt Veranlassung des in mehrfacher Hinsicht interessanten Ortes Schröd und seiner Rheinfähre hoffen wir jedoch in nicht allzuferner Zeit unseren Lesern in einem besonderen Aufsatz vorführen zu können.

richtung zum Wein verkaufen. Vieles Stipen, das teils durch die Art der Berufstätigkeit bedingt wird, teils einer gewissen Trägheit entspringt, behindert gleichfalls den Blutumlauf und kann so zu kalten Füßen führen. Man suche daher, sich so viel als möglich Bewegung zu machen und den Blutumlauf evtl. durch warme und kalte Wechselbäder anzuregen. Gleichfalls eine Duelle für die Entstehung kalter Füße bildet der Schweißfuß. Hier wird durch die Verdunstung des abgekühlten Schweißes Kälte erzeugt. Häufiges Waschen und Baden der Füße mit nachträglichem Einstreuen eines austrocknenden Puders, das am besten auch in die Strümpfe gesüttet wird, dürfte dabei gute Dienste tun. Gegen die vom Fußboden her aufsteigende Kälte, die sich besonders beim zwangswelken Arbeiten in Räumen, unter denen nicht geheizt wird, entwickelt, schützt man sich am besten durch Auslegen von Fußmatten oder durch Einwickeln der Beine in ein warmes Tuch. Wenn aber alle diese Mittel versagen, dann zögere man nicht, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

(\*) Gustav Mehnerts letzte Fahrt. Eine stattliche Anzahl seiner Arbeits- und Gewerkschaftskollegen hatte sich im Krematorium des hiesigen Hauptfriedhofs eingefunden, um ihrem Kollegen und Mitarbeiter die letzte Ehre zu erweisen. Nach Willingen des Oratoriums nahm die Typographia Karlsruhe durch einen ergreifenden Trauerchor von ihrem Kollegen Abschied. Nach tröstlichen Worten an die Hinterbliebenen durch den Geistlichen schilderte Kollege Preßel den Heimgegangenen als Gewerkschaftler, Kollegen und Parteigenossen und weihte ihm Abschiedsgrüße des Buchdruckerverbandes, des Maschinenfabrikereins und des technischen Personals der Verlagsdruckerei Volksfreund. Nach einem Chor der Typographia verließ, was herzlich ist an unserem Kollegen, in die Tiefe. Sein Leben und Wirken wird uns stets vorbild bleiben.

(\*) 60. Geburtstag. Unser Genosse Friedrich Küsters kann heute sein 60. Weigenfest begehen. Mehrere Jahrzehnte ist er Mit-

Auch Waneseim dürfen wir heute vergeblich selbst auf der besten Landkarte des badischen Landes suchen. Vieles Dorf, das schon zur Zeit der Karolinger bestand, lag bei Linthenheim, in welcher Gemeinde es wohl auch allmählich aufgegangen ist. Die einzige geschichtliche Mitteilung, welche sich auf Waneseim als solches bezieht, datiert vom 29. September 787 und betrifft die Schenkung eines gewissen Wolkwin, der an das Kloster des h. Kasarius zu Lorsch „im Uffgau im Dorfe Waneseim“ eine Weide veräußerte, wie im Lorscher Urkundenbuch zu lesen steht. Das Dorf Waneseim ist heute vollständig ausgelöst, wenn wir auch seine Bedeutung als „Seim des Wano“ noch deutlich zu erkennen vermögen.

Mit dem Dorfe Westheim im alten Anlagsgau wollen wir die Aufzählung der ausgegangenen Orte nördlich der badischen Landeshauptstadt beschließen. Dieser Gau war nur ein Teil des Kraichgauens, der sich von der Eppinger Gegend über Brudlitz bis Rühlheim und Philippsburg ausdehnte. Von den in seinem Gebiet genannten Dorfflehlungen sind verschiedene schon früh verödet, und ihre genaue Lage läßt sich deshalb heute nicht mehr feststellen. Es steht jedoch zu vermuten, daß sie größtenteils am Rhein lagen und von diesem bei seinen schliefen Ueberschwemmungen hinweggerissen wurden. Dies scheint auch mit Westheim der Fall gewesen zu sein, dessen ursprüngliche Lage uns durchaus unbekannt ist. Immerhin hat uns das schon mehrfach genannte Lorscher Urkundenbuch zwei wertvolle geschichtliche Hinweise in bezug auf Westheim überliefert. Beide sind von sehr ehrwürdigem Alter. Sie stammen nämlich beide aus dem Ende des 8. Jahrhunderts und betreffen die üblichen Klosterstiftungen. Die ersten frommen Schenker sind ein gewisser Ulbrund und dessen Gattin Hartlieb, die im Jahre 785 auf „Westheimer Gemarkung“ ihr Eigentum an Suttentheim, Waldern und Gemässen einem Gelübnis gemäß dem Kloster Lorsch vermachte. Sieben Jahre hernach (792) „im 24. Regierungsjahre unseres Königs Karl“, übergibt der Priester Helmarus dem nämlichen Kloster u. a. „in Westheim ein Haus und einen Schuppen“, die er selbst käuflich erstanden hatte („et in Westheim j casam et scuriam, quae comparavi“). Späterhin scheinen dann die Wogen des Rheines ihr wohl schon lange begonnenes Zerfallsurwerk an dem Orte Westheim vollendet und das Dorf restlos fortgespült zu haben.

Wir haben im vorstehenden gesehen, daß der arminigste und unerbittlichste Feind der dörflichen Siedlungen in unserer Gegend von alters her der Vater Rhein und seine Nebenflüsse gemein ist. Ueber die Veränderungen, welche an dem Stromlauf im Mittelalter vorzukommen, verbreitet die Geschichte auffallenberweise kein schriftliches Licht, wie uns andererseits bekanntlich auch ausübricht Landkarten aus jener Zeit fast völlig fehlen. Im Jahre 1386 drohte so a. B. der Rhein die Stadt Germersheim mit dem Untergang. Nur ein Durchschneiden des Rheindammes konnte die Stadt damals retten. In den Jahren 1651 und 1652, also unter Maria Theresia, verriet Darlaben in schwere Wassersnot und zwar wie sich eine alte auf uns getommene Nachricht ausdrückt, „daß in anderthalb Jahren über 20 Häuser mit ihren Fundamenten vom Wasser ausgepült und zugrunde gerichtet, mehr denn 100 Acker unbrauchbar gemacht, sogar die Kirchen, welche sonst mitten im Dorfe waren, von dem Strome ganz umgeben, die Säure mit den Toten aus den Gräbern heraus und den Rhein hinuntererfährte worden.“ Später, im Jahre 1762, ward bei Dettheim der Damm durchstochen, um die heute rheinabwärts fließende Orde fördt und weiter dem Rhein vor dem Verderben zu bewahren. Dennoch hat, wie wir zur Darstellung zu bringen versucht haben, der Strom eine ganze Reihe alter badischer Ortschaften der sog. „Unteren Gari“ vom Grund aus zerstört und deren Bewohner zum Abzug genötigt.

alled der Sozialdemokratischen Partei, sowie der freien Gewerkschaft. Zu den Abkommen des „Volksfreund“ zählt er schon, daß der „Volksfreund“ noch in Offenbach gedruckt wurde. Und das ist gewiß recht lange her. So hat unser Alter der sozialistischen Arbeiterbewegung stets seine Pflicht erfüllt und seinen Teil beigetragen an Wachstum unserer herrlichen Bewegung. Wie nehmen deshalb gerne Veranlassung, ihm zu seinem 60. Weigenfest gratulieren und einen recht sonnigen Lebensabend zu wünschen.

(\*) Zweiter südwestdeutscher Freiluftballonwettbewerb am 10. November in Karlsruhe. Am kommenden Sonntag, dem 10. November, findet in Karlsruhe der 2. südwestdeutsche Freiluftballonwettbewerb statt, an dem sich vornehmlich Freiluftballone, darunter drei aus Karlsruhe, beteiligen werden. Der Start erfolgt wie im vergangenen Jahre vom Weidenau Morgenlunde geiegt. Die Karlsruhe' Ballone werden von Herrn Mess, Hoffmann und Dr. Henschler gesteuert. Außerdem werden Ballone von Mannheim und Frankfurt am Main an der gleichen Stelle an der Wettfahrt teilnehmen. Es handelt sich hier um einen Weifahrtwettbewerb, bei welchem die erreichte Entfernung von Karlsruhe bis zum Landplatz der Luftlinie gemessen, auszulagebend ist. Nach der Wettbewerbsvorschrift muß jeder Ballon einen Führer und einen Ballast mit sich führen. Die beste Leistung beim Freiluftballonwettbewerb vollbrachte der Pilot Schneider vom Freiluftverein Mannheim, der damals trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse, ihm in der Nähe von München Land-

(\*) Sein 40jähriges Dienstjubiläum feiert heute Hausmeister Hermann G. beim Bad. General-Landesarchiv, geb. 1872 in Barchinon. Er über 18 Jahre zuletzt als Hausmeister bei dem hiesigen Feldartillerieregimentern 14 und 50 und kam 1905 an das General-Landesarchiv, dessen Hausmeisterstelle er nun seit Jahren verwaltet. Der Jubilar, der alleits als stets pflichttreuer und zuverlässiger Beamter bekannt ist, begleitet die aufrechtzuerhaltenen Wünsche seiner Behörde und Freunde für seine noch demeritvollen Dienstzeit und einen freundlichen Lebensabend.

Auf circa **1000 Paar** Damen- und Herren- **Edox-Schuhe** **Außergewöhnlicher Verkauf** in Edox-Schuhen wegen Aufgabe der Marke **Waltz & Würthner • Karlsruhe** **20-30% Rabatt** vom 10. Nov. bis 10. Dez. Kaiserstraße 62 (beim Marktplatz)



### Kleine bad. Chronik

\* **Florheim, 8. Nov. Wurfvergiftung.** Nach dem Genuß einer Knackwurst verstarb ein lediger 19 Jahre alter Monteur betriebe Leibschmerz. Er begab sich von seiner Arbeitsstätte nach Hause, brach aber dort vor der Wohnung zusammen und mußte ins städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Es wurde Wurfvergiftung festgestellt.

\* **Kastatt, 9. Nov. Personenauto verbrannt.** Am Dienstag abend geriet auf der Karlsruher Straße unmittelbar bei der Stadt ein Personenauto verunfallt durch Bündelstreichholz in Brand. Erst die Feuerwehr konnte das Feuer löschen. Personen wurden nicht verletzt, dagegen brannte der Kraftwagen völlig aus und die in ihm befindlichen Textilwaren von erheblichem Sachwert fielen dem Brande zum Opfer.

\* **Wörsbach, 9. Nov. Scheunenbrand.** Hier ist die Scheune des Landwirts und Küfer Josef Lange niedergebrannt. Auch die Scheune des benachbarten Landwirts Emil Wippert wurde zum Teil zerstört. Es sind beträchtliche Vorräte an Raub der Flammen geworden. Die Brandursache ist unbekannt.

### Starke Beschleunigung des Schnellverkehrs zwischen Norddeutschland und Baden

Der Sommerfahrplan 1933 wird, wie der Badische Verkehrsverband mitteilt, einige bedeutende Verbesserungen bringen, die an-

gesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise als doppelt erfreulich bezeichnet werden können.

Die Tagesverbindungen 1.—3. Klasse von Hamburg und Berlin nach Baden werden um über 1 Stunde gekürzt, in umgekehrter Richtung je um etwa 2 1/2 Stunden. Die beschleunigten Tagesverbindungen ermöglichen erstmals Tagesfahrten außer 2. auch 3. Klasse von Berlin, Hamburg und Zwickau nach dem gesamten Gebiet des Schwarzwaldes. Bisher trafen die Tageszüge 3. Klasse von Berlin und Hamburg in Karlsruhe 20.15, Offenburg 21.32, Freiburg 22.30 Uhr ein, ohne dort geeignete Anschlüsse nach dem Schwarzwald zu finden. Künftig wird in Karlsruhe 18.20 Uhr der letzte durchgehende Zug über die Mittelbahn nach Freiburg, in Offenburg 19.22 Uhr der letzte Schnellzug über die Schwarzwaldbahn nach Konstanz und in Freiburg nach der letzten Züge nach dem südlichen Schwarzwald erreicht. In Basel erachen sich neue Anschlüsse nach und von der Schweiz. Alle Städte der Rheintallinie und der Anschließstrecke nehmen an dem bedeutenden Zeitgewinne teil. In umgekehrter Richtung verläßt man 1.—3. Kl. Basel 9.43 (RD 5 mit D 85 vereinigt), Karlsruhe 12.15 und erreicht Frankfurt 14.21, Berlin mit 1. und 2. Kl. 21.39, mit 1.—3. Klasse 22.38, Hamburg 1.—3. Kl. 23.21 Uhr.

Als Ersatz für die zwischen Frankfurt—Basel in bisheriger Lage verfallenden Züge D 85/D 86 (Künftig mit RD 5/D 6 vereinigt) verkehren folgende neuen Züge: Basel ab 7.12 (D 43), Karlsruhe ab 9.57, Frankfurt an 12.07, Berlin an 20.21 (bisher an 22.24), Berlin ab (D 42) 10.02, Frankfurt an 18.00, Karlsruhe an 20.45, Basel an 23.31 (bisher 23.28). Auch diese neue durchgehende Verbindung Berlin—Basel und umgekehrt bedeutet gegenüber den bis-

herigen Zügen D 85/D 86 eine Verkürzung der Fahrzeiten um 1,00 Stunden, bzw. um 2 Stunden 10 Minuten.

Der oben genannte Zug Basel ab 7.12 wird ausgleich zu einer neuen durchgehenden Verbindung Basel—Rheinland—Holland ausgebaut mit durchlaufenden Wagen Ventimiglia—Amsterdam (bisher in D 163), Basel ab 7.12, Mannheim 10.45, Köln an 15.28, Amsterdam an 20.22 Uhr. Die Durchgangsfahrten aus Stallen kommen gegenüber bisher mit D 163 in Amsterdam 2 Stunden 24 Minuten früher an.

Sehr wertvolle Verbesserungen treten auch im Ost-West-Verkehr Paris—Süddeutschland ein. Die erheblichen Beschleunigungen des Rheingold, des Riviera-Express und des Holländer Zuges D 163/D 164 wurden bereits bekanntgegeben. Weitere vorteilhafte Auswirkungen dieser bedeutenden Fahrplanumgestaltung, die seitlich mit der Vervollendung der Verfertigung des Unterbaues der Rheintalhauptlinie zusammenfällt, dürfen wohl noch erwartet werden.

Organisation und Geschäftsbetrieb der Sparfassen. Das Geheiß und Verordnungsblatt veröffentlicht in seiner Nr. 53 eine Verordnung des Staatsministeriums über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparfassen und der Badischen Kommunalen Landesbank — Girozentrale.

### Bestell den Wahren Jacob!

**Kauft nur beim Fachmann!**

Herrnschuh von 80 an  
Damensohlen von 40 an  
Kindersohlen von 25-30 an  
im Ausschnitt bei

Eduard Frlich, Lederhandlung, Rheinfr. 33

---

**Smalt-Refing-Farben**

**Schilder**

Gummistempel  
Grabierungen  
Gravierenanstalt H. Peter  
Amalienstraße 13  
Telefon 3275

---

**Gartenstadt Karlsruhe**

c. G. m. b. H.

Wir haben zu vermieten:

Solostr. 1, April 1933  
Wohnhaus 3 Zimmer, Dachstube, Küche, Bad, Garten  
Etagenwohnung, 3 Zimmer und Zubehör  
Wohnungen in der Geschäftsstelle Offenbarplatz 2, wo die näheren Bedingungen zu erfahren sind. 5729  
Karlsruhe, 8. Nov. 1932

**Der Vorstand.**

---

**2 Zimmer mit Küche**  
ebtl. Barriere auf 1. Dez. gesucht. Mietpr. bis 35 M. Abz. zu ertr. unt. 22043 im Volksfr.

**Suche 2 Zimmer** und Küche Preis bis zu 25 M. Angeb. unt. Nr. 5718 an den Volksfreund.

---

**Grab. fleiß. Mädchen**, da schon i. Stellung war u. Nähtentaste besitzt, sucht Stellung a. 15. Nov. ab. 1. Dez. zu ertr. unt. 52028 im Volksfreund.

---

**Aus achtbar. Familie** wird Mädchen b. 4-6 Jahren über die Wintermonate taustüber im Städt. Krankenhaus (Küche) unt. D 2048 an den Volksfreund.

**Steuergutscheine ans Gemeinde- und Kreissteuer.**

Gemäß § 8 Abs. 3 der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung vom 26. September 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 459) teilt die Stadthauptkasse — ohne einen diesbezüglichen Antrag des Steuerpflichtigen abzumachen — sämtliche von dem einzelnen Steuerpflichtigen auf die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig gewordene Gemeinde- und Kreissteuer bezahlten Beträge dem Finanzamt Karlsruhe-Stadt mit, sofern der Steuerpflichtige nicht ausdrücklich ein anderes Finanzamt als zuständig bezeichnet.

Somit also das Finanzamt Karlsruhe-Stadt für die Ausgabe der Steuergutscheine zuständig ist, erliszt sich die diesbezügliche Aufforderung des Steuerpflichtigen an die Stadthauptkasse. Dagegen sind die Anträge auf Erteilung von Steuergutscheinen nach wie vor an das zuständige Finanzamt zu richten.

Karlsruhe, den 9. Nov. 1932. 1262  
Stadthauptkasse.

**Sozialistische Leihbücherei**

Volksfreund-Buchhandlung, Karlsruhe i. Bad.  
Waldstraße 28 / Fernruf 7020/21

**Auszug aus den Leihbedingungen:**

Die Leihgebühr beträgt pro Buch für vierzehn Tage 20 Pf. und ist am Tage der Entnahme zu zahlen. — Dauerbenützer erwerben durch Zahlung eines Monatsbeitrages von RM. 1. das Recht, beliebig viele Bücher nacheinander zu entleihen. Die Ausleihe ist täglich von 10 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr geöffnet. Die Benutzer werden gebeten, diese Zeit einzuhalten.

**Slichproben aus dem Bestand:**

Engels - Kautsky - Marx - Rühle - Scheidemann - Ziekursch  
Feuchtwanger - Glaeser - London - Proust - Tolstoj - Unruh - Zweig  
Moderne Romane - Politik - Jugendschriften Sozialismus.

**Volksfreund-Buchhandlung**

**Kauf nur beim Fachmann!**

Herrnschuh von 80 an  
Damensohlen von 40 an  
Kindersohlen von 25-30 an  
im Ausschnitt bei

Eduard Frlich, Lederhandlung, Rheinfr. 33

---

**Smalt-Refing-Farben**

**Schilder**

Gummistempel  
Grabierungen  
Gravierenanstalt H. Peter  
Amalienstraße 13  
Telefon 3275

---

**Gartenstadt Karlsruhe**

c. G. m. b. H.

Wir haben zu vermieten:

Solostr. 1, April 1933  
Wohnhaus 3 Zimmer, Dachstube, Küche, Bad, Garten  
Etagenwohnung, 3 Zimmer und Zubehör  
Wohnungen in der Geschäftsstelle Offenbarplatz 2, wo die näheren Bedingungen zu erfahren sind. 5729  
Karlsruhe, 8. Nov. 1932

**Der Vorstand.**

---

**2 Zimmer mit Küche**  
ebtl. Barriere auf 1. Dez. gesucht. Mietpr. bis 35 M. Abz. zu ertr. unt. 22043 im Volksfr.

**Suche 2 Zimmer** und Küche Preis bis zu 25 M. Angeb. unt. Nr. 5718 an den Volksfreund.

---

**Grab. fleiß. Mädchen**, da schon i. Stellung war u. Nähtentaste besitzt, sucht Stellung a. 15. Nov. ab. 1. Dez. zu ertr. unt. 52028 im Volksfreund.

---

**Aus achtbar. Familie** wird Mädchen b. 4-6 Jahren über die Wintermonate taustüber im Städt. Krankenhaus (Küche) unt. D 2048 an den Volksfreund.

**Steuergutscheine ans Gemeinde- und Kreissteuer.**

Gemäß § 8 Abs. 3 der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung vom 26. September 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 459) teilt die Stadthauptkasse — ohne einen diesbezüglichen Antrag des Steuerpflichtigen abzumachen — sämtliche von dem einzelnen Steuerpflichtigen auf die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig gewordene Gemeinde- und Kreissteuer bezahlten Beträge dem Finanzamt Karlsruhe-Stadt mit, sofern der Steuerpflichtige nicht ausdrücklich ein anderes Finanzamt als zuständig bezeichnet.

Somit also das Finanzamt Karlsruhe-Stadt für die Ausgabe der Steuergutscheine zuständig ist, erliszt sich die diesbezügliche Aufforderung des Steuerpflichtigen an die Stadthauptkasse. Dagegen sind die Anträge auf Erteilung von Steuergutscheinen nach wie vor an das zuständige Finanzamt zu richten.

Karlsruhe, den 9. Nov. 1932. 1262  
Stadthauptkasse.

**Sozialistische Leihbücherei**

Volksfreund-Buchhandlung, Karlsruhe i. Bad.  
Waldstraße 28 / Fernruf 7020/21

**Auszug aus den Leihbedingungen:**

Die Leihgebühr beträgt pro Buch für vierzehn Tage 20 Pf. und ist am Tage der Entnahme zu zahlen. — Dauerbenützer erwerben durch Zahlung eines Monatsbeitrages von RM. 1. das Recht, beliebig viele Bücher nacheinander zu entleihen. Die Ausleihe ist täglich von 10 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr geöffnet. Die Benutzer werden gebeten, diese Zeit einzuhalten.

**Slichproben aus dem Bestand:**

Engels - Kautsky - Marx - Rühle - Scheidemann - Ziekursch  
Feuchtwanger - Glaeser - London - Proust - Tolstoj - Unruh - Zweig  
Moderne Romane - Politik - Jugendschriften Sozialismus.

**Volksfreund-Buchhandlung**

**Geh zu TIETZ! Dann reicht's!**

Mengenabgabe vorbehalten. — Verkauf soweit Vorrat.

Wurstwaren	Frische Fische	Käse
Gemsekodwurst 1/2 Pfund 68.7	Kablau 1/2 Pfund 16.7	Tilsiter halbfett 1/2 Pfund 65.7
Krakauer 1/2 Pfund 68.7	Kablau-Filet 1/2 Pfund 28.7	Tilsiter vollfett, ohne Rinde 1/2 Pfund 90.7
Salami 1/2 Pfund 33.7	Schellfisch 1/2 Pfund 22.7	Tilsiter vollfett, bekannt gute Qual. 1/2 Pfund 95.7
Thür. Landleberwurst 1/2 Pfd. 35.7	Bratschellfisch 1/2 Pfund 16.7	Norweger Schweizer vollfett 1/2 Pfund 90.7
Hanoverische Weißwurst 1/2 Pfd. 35.7	Goldbarsch / Goldbarschfilet	Emmentaler Vollfett, ohne Rinde 1/2 Pfund 90.7
Hamburger Stadtwurst 1/2 Pfd. 35.7	Karpfen lebend 1/2 Pfund 95.7	Bayr. Emmentaler vollfett 1/2 Pfund 1.30 95.7
	Schleien lebend 1/2 Pfund 95.7	Deutscher Münsterkäse reines Milchprodukt, vollfett 1/2 Pfund 75.7
		Portugies. Oelsardinen in feinem Olivenöl 4 Dosen 90.7 Dose 24.7 Inh. 6-7 Fische 3 Dos. 80.7 Dose 28.7 Inh. 6-7 Fische 3 Dos. 95.7 Dose 35.7
		Fette
		Landbutter in Ballen 1/2 Pfund 1.10
		Schmelzmargarine 1/2 Pfund 48.7
		Molkereibutter 1/2 Pfund 63.7
		Teobutter Hausmarke 1/2 Pfund 68.7
		Tafelbutter Spez. Eisenharzer 1/2 Pfund 75.7
		Salzheringe 10 Stück Großo Extra groß Größe Rein Milch. 38.7 55.7 65.7 85.7

**Kaiserstühler Obst**

In Spankörben von ca. 12 Pfund

Ed. u. Backäpfel (Auffäßer) 15.7 Pfund  
Boskop 19.7 Pfund  
Baumanns Reinette 19.7 Pfund  
Pastoren-Birnen 10 Pfund 1.80

---

**Wuestwaren**

Gemsekodwurst 1/2 Pfund 68.7  
Krakauer 1/2 Pfund 68.7  
Salami 1/2 Pfund 33.7  
Thür. Landleberwurst 1/2 Pfd. 35.7  
Hanoverische Weißwurst 1/2 Pfd. 35.7  
Hamburger Stadtwurst 1/2 Pfd. 35.7

---

**Marinaden**

Bismarckheringe 1 Liter 55.7  
Heringe in Gelee 1/2 Liter 33.7  
Bratheringe 1/2 Liter 33.7

Marinaden extra Qual., Ds. 68.7

---

**Weine vom Faß**

Eschbacher Schloßberg 1 Liter 58.7  
Ungsteiner rot 1 Liter 58.7  
Ober-Ingelheimer 1 Liter 75.7  
Hambach, Semmergarten 1 Liter 75.7  
Schloß Bockelheimer-Felsenberg Wachstum Winzerverein 1 Liter 75.7  
Wermuth-Wein 1 Liter 80.7

---

**Eier-Gemüse-Nudeln**

Eier-Spaghetti 1/2 Liter 45.7  
Eier-Makkaroni 1/2 Liter 45.7  
Suppenelagen 1/2 Liter 45.7

---

**Wuestwaren**

Stadion-Mehl 1/2 Pfund 1.08  
Stadion-Auszugmehl 1/2 Pfund 1.18  
Haselnußkerne 1/2 Pfund 70.7  
Mandeln sta 1/2 Pfund 1.45 95.7  
Orangeat 1/2 Pfund 90.7  
Citronat 1/2 Pfund 92.7  
Sultaninen 1/2 Pfund 35.7  
Sultaninen klein 1/2 Pfund 40.7  
Sultaninen hell 1/2 Pfund 85.7  
Blenschonig gar. rein, Glas 600 gr 98.7  
Aprikosen 1/2 Pfund 68.7  
Gewürze für den Haushalt 3 Sorten mit Halter 1/2 Pfund 75.7

---

**Kolonialwaren**

Stadion-Mehl 1/2 Pfund 1.08  
Stadion-Auszugmehl 1/2 Pfund 1.18  
Haselnußkerne 1/2 Pfund 70.7  
Mandeln sta 1/2 Pfund 1.45 95.7  
Orangeat 1/2 Pfund 90.7  
Citronat 1/2 Pfund 92.7  
Sultaninen 1/2 Pfund 35.7  
Sultaninen klein 1/2 Pfund 40.7  
Sultaninen hell 1/2 Pfund 85.7  
Blenschonig gar. rein, Glas 600 gr 98.7  
Aprikosen 1/2 Pfund 68.7  
Gewürze für den Haushalt 3 Sorten mit Halter 1/2 Pfund 75.7

---

**Suppenhühner** 1/2 Pfund von 75 an

**VORANZEIGEN**

Demnächst erscheint im Verlag J. H. W. DIETZ NACHFL., Berlin

## Preußen contra Reich

vor dem Staatsgerichtshof, vom 10. bis 17. Oktober 1932

**Einzig authentischer Stenogrammbericht der Verhandlungen**

Mit einem Vorwort des Ministerialdirektors D R. BRECHT

Lexikonformat. Vornehmer Ganzleinen-Einband mit Goldfolio. Etwa 30 Bogen. Regulärer Preis RM. 15.00.

**Subskriptionspreis RM. 12.50**

Ein Quellen- und Urkundenwerk von außerordentlich wichtiger und historischer Bedeutung, das in keinem Büro der Behörden, Universitäten, Archive, Parteien, Organisationen fehlen darf. — Auslieferung Mitte Dezember. — Schluß der Subskription 1. Dezember 1932. — Vorbestellungen zum Subskriptionspreis nimmt entgegen die Buchhandlung:

**Volksfreund-Buchhandlung, Karlsruhe, Waldstr. 20**

**Sozialistische Leihbücherei**

Volksfreund-Buchhandlung, Karlsruhe i. Bad.  
Waldstraße 28 / Fernruf 7020/21

**Auszug aus den Leihbedingungen:**

Die Leihgebühr beträgt pro Buch für vierzehn Tage 20 Pf. und ist am Tage der Entnahme zu zahlen. — Dauerbenützer erwerben durch Zahlung eines Monatsbeitrages von RM. 1. das Recht, beliebig viele Bücher nacheinander zu entleihen. Die Ausleihe ist täglich von 10 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr geöffnet. Die Benutzer werden gebeten, diese Zeit einzuhalten.

**Slichproben aus dem Bestand:**

Engels - Kautsky - Marx - Rühle - Scheidemann - Ziekursch  
Feuchtwanger - Glaeser - London - Proust - Tolstoj - Unruh - Zweig  
Moderne Romane - Politik - Jugendschriften Sozialismus.

**Volksfreund-Buchhandlung**